

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 634:

Peter Nasarski:

„Jugend zwischen Ost und West“

ALFRED BURMEISTER

Polens widerspruchsvoller Entwicklungsweg

Wir setzen in dieser Nummer unsere Artikelserie fort, die sich mit dem Polen von heute und mit der durch die Abtrennung der deutschen Ostgebiete geschaffenen Problematik beschäftigt. — Die an dieser Stelle veröffentlichten Auffassungen zum Problem Polen stellen jeweils die Meinung ihres Verfassers, nicht aber die der herausgebenden Stelle dar.

Erst jetzt, nach zwei Jahren seiner Herrschaft fühlt sich Wladyslaw Gomulka auch innerhalb seiner Partei so stark, daß er einen Parteitag einberufen kann. Das zwölfte Plenum des polnischen Zentralkomitees im Oktober dieses Jahres hat für den 10. März 1959 den 3. Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei einberufen, der seit vielen Monaten immer wieder verschoben wurde. Dieser Parteitag wird endlich ein neues Zentralkomitee wählen — bisher nämlich — das vergißt man manchmal, wenn man die Entwicklung in Polen beobachtet — hat der neue Parteisekretär mit einem Zentralkomitee gearbeitet, das noch in der „Stalinära“ (wenn auch nach dem Tode des Diktators) im März 1954 unter Bierut gewählt worden ist. Es zählt prozentual mehr Stalinisten in seinen Reihen als alle anderen Institutionen, die ja während der Oktoberereignisse von 1956 von ihnen gereinigt worden sind. Nur einige seiner Hauptwidersacher gelang es Gomulka aus dem ZK zu entfernen, vielfach war er gezwungen auf Kompromisse einzugehen, zu laviieren und nachzugeben.

Laviieren und nachgeben mußte er auch gegenüber dem Kreml. Deshalb scheint mir nichts charakteristischer für die Stellung zu sein, die Polen heute im Ostblock einnimmt, als die Reaktion des polnischen Parteichefs Gomulka auf die unerwartete Nachricht von der Hinrichtung Imre Nagy und seiner Genossen im Sommer dieses Jahres. Obwohl dieses Ereignis durch all das, was die Weltgeschichte uns danach bescherte sowohl in Polen wie in der Welt schon wieder etwas in Vergessenheit geraten ist, wirft es ein bezeichnendes Licht auch auf die Grenzen der Selbständigkeit der polnischen Kommunisten unter den heutigen Machtverhältnissen gesetzt sind.

Man erinnert sich: kurz vor der Bekanntgabe des Mordes an den ungarischen „Nationalkommunisten“ hatte sich Wladyslaw Gomulka nach langem Zögern schließlich dazu verstanden, Janos Kadar einen offiziellen Besuch abzustatten und damit auf nachdrücklichen Wunsch Moskaus wenigstens äußerlich eine Anerkennung seines Regimes zu dokumentieren. Kaum nach Warschau zurückgekehrt, erfuhr er dann von den inzwischen in Budapest erfolgten Hinrichtungen. Wie durchaus glaubhaft aus Warschau berichtet worden ist, soll Gomulka daraufhin tagelang getobt haben, man hätte ihn hinters Licht geführt. Während alle anderen KP-Führer von Peking bis Ostberlin sich darin überboten, den toten Imre Nagy, General Maleter und die anderen mit Schmutz zu bewerfen und die schweren Geschütze gegen Jugoslawien aufzufahren, das angeblich an der ungarischen Revolution schuld gewesen war, schwieg der polnische Parteichef hartnäckig. Bis er dann um 12 Tage verspätet sein Sprüchlein doch herunterbetete.

Es heißt, es seien sowjetische Truppenbewegungen notwendig gewesen, um ihn dazu zu veranlassen — vorfristig, schon im Juli durchgeführte „Herbstmanöver“ auf polnischem Gebiet. Sowjetische Rohstoff-

lieferungen hätten gestoppt und polnische Fabriken zum Stillstand gebracht werden müssen, ehe sich der polnische Parteichef zu seiner Erklärung gegen die ungarische Revolutionäre und Tito entschloß. Es ist schwer festzustellen, ob diese Meldungen zutreffen, daß es aber eines harten Drucks bedurfte, um dem ergrimmten Gomulka seine häßliche Epistel abzurufen, steht außer Zweifel. Ebenso steht außer Zweifel, daß die Sowjets alle Mittel dafür besitzen, eine solche Erklärung zu erzwingen. Man soll in Polen schließlich tief aufgeatmet haben, als Gomulka sie abgegeben hat, denn so meint man: „was er sagt, ist unwichtig, wenn er nur nichts tut, um unsere relative innerpolitische Freiheit zu gefährden.“

Inwieweit aber tut Gomulka nichts, um diese Freiheit zu gefährden? Was von dieser polnischen Freiheit ist noch erhalten geblieben, die im Oktober 1956 errungen wurde? Welche Hoffnungen, die damals gehegt wurden, sind erfüllt worden?

Es ist bei weitem nicht immer sowjetischer Druck gewesen und auch nicht der Druck der Stalinisten im polnischen ZK, der zu einer „Abkehr vom Oktober“ geführt hat. Eine ganze Reihe von Maßnahmen, die eine demokratische Entwicklung in Polen verhinderten, sind vom neuen Parteichef selbst ausgegangen, viele politische und wirtschaftliche Konzeptionen scheiterten an Gomulkas eigener Auffassung darüber, was Polen frommt und was nicht.

Andererseits aber hat er es verstanden, einige recht wesentliche Errungenschaften des Oktoberumschwungs von 1956 auch entgegen der rückläufigen Entwicklung in Moskau und den anderen „Volksdemokratien“ fest zu verankern und entscheidende Veränderungen nicht wieder rückgängig zu machen. Trotz eines gewissen Pessimismus, der in Polen in der letzten Zeit um sich greift, sieht das Gros der Bevölkerung daher doch auch das Positive in der Haltung der polnischen Parteiführung unter Gomulka. Jedenfalls in der jetzigen Konstellation der Kräfte scheint seine Herrschaft die für Polen günstigste zu sein. Diese Auffassung hat dazu geführt, daß es Gomulka gelungen ist, seine Macht zu konsolidieren.

Aber betrachten wir die verschiedenen Maßnahmen der polnischen Parteiführung im Einzelnen: die Maßnahmen zur Festigung der Partei und ihrer Machtposition im Volk und die Maßnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, die Politik gegenüber der Kirche und den Generalangriff gegen die „revisionistischen“ Intellektuellen, die Schritte zu besserer Industrieverwaltung und die Konzessionen gegenüber der Bürokratie. Es ist eine Politik voller Widersprüche — der Weg, den die polnische Staats- und Parteiführung schreitet, ist alles andere als klar und einfach, aber er unterscheidet sich trotz allem immer noch erheblich von dem anderer kommunistischer Länder, insbesondere von dem der „DDR“ und verdient daher unser lebendiges Interesse.

Gewerkschaften und Arbeiterräte

Beginnen wir mit einer Frage, die in der westlichen Welt wenig Verständnis findet, aber für die Auseinandersetzung in den totalitären kommunistischen Ländern äußerst wichtig ist: mit der Frage der Räte. Es hat sich gezeigt, daß der gefährlichste Feind der Sowjets — die Räte sind. Es scheint ein Widersinn zu sein, denn „Sowjets“ ist das russische Wort für „Räte“ — aber es ist dennoch so. Die größte Gefahr für einen Staat, der sich auf die Diktatur der Partei stützt, ist die Arbeiterbewegung, die ihren Willen durch die spontan in den Fabriken gebildeten Arbeiterräte zum Ausdruck bringt. Erst wenn es gelingt mit ihnen fertig zu werden, kann sich die Partei wieder als eine autoritäre Macht etablieren. In Ungarn waren dazu sowjetische Panzer nötig, dort hat man die Arbeiterräte kurzerhand verboten. In Polen wurden sie schrittweise entmachtet, „eingegliedert“, übernommen und zum Teil auch noch, mehr oder weniger gezwungenermaßen, unverändert bestehen gelassen.

All das ist für Gomulka keine leichte Aufgabe, denn die Bewegung, die vor zwei Jahren zu seinem Sieg geführt hat, stützte sich auf diesen Teil der Arbeiterschaft, der die Räte gebildet hat. Der Streik in der Lokomotivfabrik „Cegielski“ in Posen und die spontane Entstehung von Arbeiterräten in einer Reihe anderer polnischer Staatsbetriebe offenbarten, wie groß die Unzufriedenheit gerade dieses Teils der Bevölkerung mit dem System war, das angeblich im Namen der Arbeiter das Land regierte. Die „Oktoberereignisse“, wie man heute sagt, waren in gewissem Sinn eine Revolution gegen die verbürokratisierte und überzentralisierte stalinistische Wirtschaftsführung, ein Aufstand gegen die Kaste der Partei-, Staats- und Gewerkschaftsfunktionäre, die das Land in ein Wirtschaftschaos gesteuert hatte. Unmittelbar vor und wochenlang nach dem stürmischen Oktoberplenium 1956 wurde in großen Massenmeetings in allen Betrieben des Landes eine strenge Abrechnung mit diesen Funktionären durchgeführt. Viele von ihnen mußten abtreten und neuen, fachlich besser geeigneten Personen Platz machen. Der Arbeiterrat, eine Körperschaft, die nicht von oben eingesetzt und gelenkt war, bildete den Motor des Geschehens. Alle anderen, bisher in den Betrieben wirkenden Organisationen: Betriebsrat, Parteikomitee, Jugendverband — waren über Nacht ausgeschaltet worden. Längst als Hilfsfaktoren der staatlichen Ausbeutung erkannt, hatten sie ohnehin nicht das Vertrauen der Belegschaften genossen. Nun, da in echter, freier Wahl und an Ort und Stelle eine neue Körperschaft gewählt wurde, war ihre Rolle ausgespielt. Der Arbeiterrat wurde zur Exekutive des Volkswillens.

Er bestand gar nicht vornehmlich aus Arbeitern. Es ist bezeichnend, da in den meisten Fällen in diese Körperschaft, die nicht nur eine entscheidende politische Bedeutung hatte, sondern als eine wirksame wirtschaftliche Institution gedacht war, Techniker, Ingenieure und jüngere Ökonomen hineingewählt wurden. Oft kamen erprobte Facharbeiter dazu — es kam vor allem auf das Vertrauen an, daß sie persönlich bei der Belegschaft hatten.

Gomulka hat in seiner großen Antrittsrede auf dem 8. Plenum die Bildung von Arbeitsräten in den Betrieben ausdrücklich befürwortet. In seiner Vorstellung sollte dadurch die Aktivität der Arbeiter und Ingenieure erhalten und im Interesse der Betriebsproduktion ausgewertet werden. Auch den übrigen Befürwortern der Arbeiterräte ging es darum — nur waren sie sich darüber im Klaren, daß die Aktivität des Arbeiterrats von den Vollmachten abhing, die er erhielt. Ihr Ziel war es die Arbeiterräte zu den entscheidenden Verwaltern der Betriebe zu machen. Sie sollten die größten Vollmachten besitzen: über den Plan, das Budget, die Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften, die Verteilung des Profits usw. verfügen können. So würde die von den Kommunisten immer verkündete Losung „die Arbeiter sind die Herren der Betriebe“ endlich Wirklichkeit werden.

Gleichzeitig wäre durch eine solche weitgehende Vollmacht der Arbeiterräte ein anderes wichtiges Problem der kommunistischen Staatswirtschaft gelöst: das Problem der Dezentralisierung. Eine Betriebsführung, die sich auf einen mit größten Kompetenzen ausgestatteten Arbeiterrat stützte, würde notwendigerweise auch von der Bevormundung durch die Staatsfunktionäre freier werden. Die Unabhängigkeit von dem Diktat des Zentrums, die von allen Fabrikdirektoren und Betriebsleitungen im kommunistischen Machtbereich seit Jahren angestrebt wird, könnte reale Gestalt annehmen. Dafür, daß auch die Partei-

organe im Betrieb nicht allzuviel mitzureden hatten, sorgten die Arbeiterräte in Polen von Anfang an; in den Statuten der ersten Arbeiterräte war festgelegt worden, daß der Parteisekretär des gegebenen Betriebes nicht Mitglied des Arbeiterrats sein kann.

Die Einschränkung der Parteidiktatur durch die Arbeiterräte war augenscheinlich. Auch ohne daß ihre revolutionäre Bedeutung in Ungarn vordemonstriert worden wäre, mußte es klar sein, daß eine solche aus dem unabhängigen und un gelenkten Willen der Produzenten entstandene Institution ein gefährliches Gegengewicht gegen die Parteiorganisation darstellte. Selbst wenn die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei sich nicht in einer Krise befunden hätte, wäre sie den Arbeiterräten nicht gewachsen — ihre Autorität mußte von ihnen untergraben werden, da es nach den Erfahrungen der letzten Jahre ohne administrativen Druck unmöglich war, daß Parteimitglieder den Ton in den Räten angeben oder sie gar im Interesse der Partei „übernehmen“ konnten.

Die Regierung Gomulkas zögerte lange damit, die Kompetenzen der Arbeiterräte gesetzlich festzulegen. Man förderte zwar ihre Bildung, hemmte aber durch dieses Hinzögern ihre Tätigkeit. Viele Arbeiterräte verloren dadurch die Lust zur Arbeit und die Belegschaften das Interesse an ihnen. Da es zu dem Aufgabenkreis der Arbeiterräte gehörte im Interesse der Produktion zu wirken, hätten neben ihnen aktive neue Gewerkschaftsorgane tätig sein können, die ihrerseits die Interessen der Arbeiter gegenüber den reinen Produktionsinteressen vertreten hätten. Die große Säuberung in den polnischen Gewerkschaften, die nach dem Oktober zur Absetzung des als Stalinisten bekannten Gewerkschaftsvorsitzenden Wiktor Klosiewicz geführt hatte, sollte eine Wiedergeburt der polnischen Gewerkschaftsbewegung einleiten. Mit dem neuen Sekretär Loga-Sowinski, einem Gefolgsmann Gomulkas, hofften viele, alte Gewerkschaftstradition wieder zum Leben zu erwecken und den Schematismus in diesen Organisationen zu beseitigen. Vom Bürokratismus gereinigte Betriebsräte sollten mit den Arbeiterräten zusammen, aber jeder Rat auf seinem Gebiet — tätig sein.

Diese Entwicklung wurde verhindert. Nachdem die Arbeiterräte immer mehr in die Defensive gedrängt worden waren, fand die Parteiführung im Frühjahr dieses Jahres den Weg, auf dem man sie praktisch ganz zur Strecke bringen konnte: Gomulka propagierte eine neue Institution: die ständige „Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung“.

Die Arbeiterräte seien eine zu enge Körperschaft, verkündete der Parteichef auf dem IV. Gewerkschaftskongreß im April 1958. Um die Arbeiterselbstverwaltung deutlich zum Ausdruck zu bringen, müßten Gewerkschaften, Arbeiterrat und Parteiorganisationen zusammenwirken. Der Plan der Produktion, die Arbeitsbedingungen und auch die Verfügung über einen gewissen Teil des Überschusses müßte von einem möglichst großen Kreis von Menschen bestimmt werden.

Das hörte sich sehr schön und demokratisch an, bedeutet aber in Wirklichkeit die Entmachtung des Arbeiterrats und seine Unterstellung unter die Partei. Die Verwirrung der Kompetenzen einerseits und die Verwässerung des „Mitbestimmungsrechts“ konnte nichts anderes zur Folge haben, als daß ein wirklicher Einfluß des Arbeiterrats unmöglich wurde. Ein Gremium von einigen Hundert Personen kann selbst, wenn es häufig tagt — was es jedoch nicht wird tun können — unmöglich einen Betrieb leiten.

Der „Arbeiterselbstverwaltung“ widmete Gomulka einen großen Teil seiner Rede auf dem 12. Plenum im Oktober d. Jahres. Er beklagte sich bitter darüber, daß die Genossen die Bedeutung dieser Organisation nicht verstünden. Sie seien der Auffassung, die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung hätte nur die Aufgabe den Arbeiterräten Anweisungen für ihre Arbeit zu geben und Pläne für sie aufzustellen, während es sich doch darum handle, daß die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre aktiv an der Arbeit des Rates teilnähmen. Gomulka verlangte, daß der Parteisekretär oder zumindest sein Stellvertreter aktives Mitglied des Arbeiterrats sei und seine Tätigkeit tatsächlich beeinflusse. Augenscheinlich ist die Infiltration dieser Organisation durch die Partei keine leichte Aufgabe und selbst durch größere Druckanwendung nicht ohne weiteres durchführbar. Andererseits ist sich Gomulka wohl auch der positiven Seiten einer wirklich funktionierenden Arbeiterselbstverwaltung nicht nur für die Produktion, sondern auch für die Aktivierung der Partei bewußt. Mag sein, daß in einigen Betrieben sogar eine gewisse Synthese zwischen dem Arbeiterrat und der Parteiorganisation

tatsächlich möglich wäre. Ist der Parteiführer nicht zuletzt aus diesem Grund Mitglied der Parteizelle in der Automobilfabrik Zeran geworden, die den ersten und stärksten Arbeiterrat besitzt, dessen Aktivität in den Oktobertagen den Ausgang der Ereignisse weitgehend bestimmt hat? Gomulka will und kann in seiner Funktion nicht daran glauben, daß Parteidiktat und Arbeiteraktivität zwei Dinge sind, die einander ausschließen. Sollte er es aber wirklich begreifen, so wird er sich bestimmt ohne weiteres für das Parteidiktat entscheiden. Das liegt im Wesen jeder Machtausübung.

Von Anfang an hatte Gomulka aus denselben machtpolitischen Erwägungen heraus die Bildung einer zentralen allpolnischen Organisation der Arbeiterräte verhindert.

Der IV. Gewerkschaftskongreß im April brachte außer dem Schlag gegen die Arbeiterräte noch einen anderen Beweis für eine „Abkehr vom Oktober“. Und zwar Gomulkas scharfe Verurteilung der Streikbewegungen.

Im Oktober hatte Gomulka den Streik in Posen als eine „Lehre“ bezeichnet, „die die Arbeiterklasse der Partei erteilt hatte“. Mit Nachdruck bezeichnete er damals, diejenigen, die in diesem Streik eine ausländische Provokation sehen wollten, als „naiv“. Seit er Erster Parteisekretär geworden war, hatte es im Lande viele Streikbewegungen gegeben. Kleinere und größere Streiks — begründete und weniger begründete Protestaktionen hatten in Polen ebenso Platz gehabt wie in „kapitalistischen“ Ländern, und das hatte unter den sicher nicht leichten wirtschaftlichen Bedingungen des Landes zu empfindlichen Störungen geführt. Da gleichzeitig die Arbeitsdisziplin in Polen nach dem Oktober keinesfalls besser, ja eher schlechter geworden ist, konnte man sich über die Empörung Gomulkas nicht wundern. Dennoch war seine leidenschaftliche Verurteilung von Streiks in „sozialistischen“ Betrieben sicher nicht dazu angetan, die Begeisterung der polnischen Arbeiter zu erwe-

ken. Auch seine aus Tausenden ähnlicher Reden bekannten Ausführungen über die „andere Rolle“ der Gewerkschaften in einem „sozialistischen“ Staat und über die „nicht-antagonistischen Widersprüche“ zwischen den Arbeitern und der Betriebsverwaltung in einem kommunistischen Staat überzeugten nicht. Der Appell, daß die Gewerkschaften sich um die Produktivität des Betriebes kümmern sollten, verwandelte diese sofort wieder in dieselben Scheinorganisationen, die sie vor dem Oktober gewesen waren: die Hoffnungen auf eine Renaissance der Gewerkschaftsbewegung waren zunichte, die Arbeiter hatten keinerlei Interesse mehr für sie. Loga-Sowinski, der Vorsitzende des polnischen Gewerkschaftsverbands, versuchte etwas vorsichtiger zu formulieren als Gomulka. Er wies zwar ebenso energisch wie der Parteisekretär den Streik in einem „sozialistischen“ Betrieb zurück und wandte sich besonders gegen die wilden Streiks, die in Polen so häufig geworden seien, aber er ließ doch die Möglichkeit gelten, daß es in manchen Ausnahmefällen zu Streikbewegungen kommen könnte. Falls die Betriebsbürokratie durchaus nicht auf die Vorhaltungen des Betriebsrates reagiere, könne dieser die Belegschaft zu „kurzen, einige Minuten währenden Warnstreiks“ aufrufen, meinte Loga-Sowinski. Er unterstrich auch wie in seinen Reden kurz nach dem Oktober, daß es die Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Interessen der Arbeiter gegenüber den Betriebsleitungen zu wahren und gegen die „Auswüchse des Bürokratismus“ aufzutreten, aber die Verwässerung des Arbeiter-Mitbestimmungsrechts durch die Schaffung der sogenannten Arbeiterselbstverwaltungen, deren Idee offensichtlich von ihm ausgegangen ist, macht diesen Kampf jetzt mehr oder weniger illusorisch.

Inzwischen ist diese „Arbeiterselbstverwaltung“ in ganz Polen forciert worden, es hat einen Kongreß dieser Institutionen gegeben und man ist dabei, Statuten für sie auszuarbeiten. Die Arbeiterräte aber haben nur dort noch einen wirklichen Einfluß, wo sie sich über die Beschränkungen, die man ihnen von offizieller Seite auferlegt, hinwegsetzen.

Die Lage der Intellektuellen

Es dauert eine Weile, bis stürmische Zeiten ihren Niederschlag in der Kunst gefunden haben — auch dann, wenn es die Künstler, die Schriftsteller, Dramatiker, Maler selbst waren, die in diesen stürmischen Zeiten den Ton angegeben haben. Und es dauert noch länger, ehe die Kunstwerke eines Landes auch in anderen Ländern bekannt werden. Jetzt erst laufen im Westen polnische Filme an, die in der Atmosphäre der künstlerischen Freiheit nach dem Oktober 1956 dort entstanden sind. Modernste Auffassungen in der künstlerischen Gestaltung vereint sich in ihnen mit einer eigenwilligen Behandlung des Themas. Man spürt förmlich den Hauch des Neuen, das sich von der ihm jahrelang aufgezwungenen Konzeption des sogenannten sozialistischen Realismus endlich befreit hat. Prompt erhalten sie denn auch bei internationalen Festspielen Preise und Auszeichnungen, und inzwischen erscheinen auf den westlichen Büchermärkten die ersten Übersetzungen polnischer Novellen und Romane, die den polnischen Oktoberumschwung 1956 vorbereitet und begleitet haben oder deren Erscheinen erst durch ihn ermöglicht wurde.

Die Verzögerung hat zu einer sonderbaren Situation geführt: die leidenschaftliche Anklage, die Polens Intellektuelle gegen den Stalinismus erhoben, ihre aufwühlende Darstellung der stalinistischen Verbrechen, deren Zeugen sie waren, gelangen in einem Augenblick zum westlichen Leser, da eine Fortsetzung dieser Art von Veröffentlichungen in Polen selbst gerade unterbunden worden ist. Die Autoren, deren Namen jetzt in den Spalten der deutschen, französischen, italienischen und amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften erscheinen, wenn man ihre Bücher bespricht — sind von höchster parteiamtlicher Stelle in Polen gerade diese Bücher wegen mehr oder minder scharf gerügt worden. Neuauflagen dieser Romane und Novellen sind — obwohl sie größten Erfolg hatten und zumeist vergriffen sind — nicht erlaubt worden. Sammelbände der in den zwei vergangenen Jahren gedruckten politischen Artikel und Aufsätze, von philosophischen oder soziologischen Essays — wie etwa derjenigen des Philosophen Leszek Kolakowski oder des Publizisten und Schriftstellers Andrzej Braun — dürfen nicht erscheinen. Schon zum Druck angenommene Erzählungen ähnlicher Art wurden im letzten Augenblick zurückgestellt.

Aber am charakteristischsten war vielleicht die Beschlagnahme der kulturellen Monatszeitschrift „Twórczość“ („Das Schaffen“) Anfang des Jahres. Die Zeitschrift hatte die Erzählung des alten kommunistischen Schriftstellers, Stefan Wygodzki, über seinen Freund gedruckt, der sieben Jahre unschuldig im polnischen kommunistischen Gefängnis verbracht hatte. Die Erzählung, die den bezeichnenden Titel „Verhaftet bis zur Aufklärung“ war von allen, die sie noch im Manuskript gelesen hatten, als ausgesprochen künstlerisch wertvoll bezeichnet worden. Auch der Referent des Zentralkomitees, der sie kritisierte, hatte nichts an ihrem künstlerischen Wert auszusetzen, er sagte nur sie sei „in ihren Auswirkungen auf die parteilosen Leser schädlich“ und „die in ihr enthaltene Kritik würde dem Ansehen der Partei schaden, auch wenn sie in bezug auf die Vergangenheit richtig ist!“

Diese Worte wurden in einer Sitzung im Zentralkomitee im Mai dieses Jahres gesprochen, die eigens mit den Parteimitgliedern der Redaktion der kulturellen Wochenzeitung „Nowa Kultura“ abgehalten worden ist, um ihnen einen neuen Chefredakteur aufzuzwingen und damit ihren „revisionistischen“ Widerstand zu brechen. Referent war der Agitpropleiter des ZK, Andrzej Werblan, und was er in seiner viele Stunden währenden Ansprache sagte, ist die Quintessenz der neuerlich verschärften Politik der polnischen Parteiführung gegen die Intelligenz.

Neun Mitglieder der Redaktion der „Nowa Kultura“, der Zeitschrift, deren Publikationen neben denen der im vorigen Jahr von Gomulka verbotenen Studentenzeitung „Po prostu“ das politische Tauwetter in Polen zum Ausdruck gebracht, den „Oktober“ vorbereitet und die wichtigsten Gedanken über den „neuen polnischen Weg“ enthalten hatten — traten aus Protest gegen die Ernennung des neuen Chefredakteurs aus der Redaktion aus. Die meisten von ihnen sind ohne Anstellung geblieben, aber die neue Redaktionsleitung ist ständig bemüht, sie zur Mitarbeit am Blatt zu bewegen und sie hat ihre Tätigkeit damit begonnen, Artikel und Gedichte, die vorher von der Zensur beanstandet worden sind, zu veröffentlichen.

Die kritisierten Schriftsteller werden nicht verfolgt, sie dürfen bis auf wenige, die ausgesprochenes Publikationsverbot erhielten (darunter der im Zusammenhang mit dem Po Prostu-Verbot aus der Partei ausgeschlossene Literaturkritiker Zimand und die wegen ihrer Kontro-

verse mit der SED im November 1956 bekannt gewordene Journalistin Edda Werfel) auch weiter schreiben. Nur eben keine „nihilistischen“, keine allzu kritischen Dinge.

So ist das „Wetter“, das sich jetzt „stabilisiert“ hat, nicht ganz hoffnungslos, aber doch lange nicht mehr so hoffnungsvoll, wie selbst noch vor einem Jahr.

Es ist nicht allein der Druck von Moskau, obgleich sowohl in Moskau wie vor allem in Pankow nichts unterlassen wird, um sofort geifernd über jedes offene Wort herzufallen, das in Warschau von Intellektuellen ausgesprochen wird — der als Anlaß für die Unterdrückung solcher Art von Veröffentlichungen angesehen werden kann. Gomulka selbst glaubt, im Irrtum aller kommunistischen Partei- und Staatsoberhäupter befangen, daß offene Kritik mehr schade als unterdrückte. Er meint, das ständige Hinweisen auf Verbrechen der Vergangenheit — deren Opfer er ja selbst gewesen ist — und das Brandmarken aller neuen Fehler hindere die Konsolidierung der Partei und des Staates unter seiner Führung. Die wieder energisch arbeitende Zensur richtet sich deshalb vor allem gegen diejenigen, die das wollen: gegen die eigene störrische Parteijugend, die nie zufriedenen jungen Intellektuellen und diejenigen etwas älteren Schriftsteller und Publizisten, die seinerzeit, zum Teil ohne es zu durchschauen, der Stalinisierung Polens Vorschub leisteten und sich dann als erste empörten. Nun haben sie Angst, durch erneutes Nachgeben und allzu eifrige Unterstützung der Parteiführung eine ähnliche Lage, wie damals herbeizuführen. Sie wollen nicht schuld daran sein, wenn die Parteibürokratie und sei es eine, die unter Gomulkas Leitung steht, die Kunst wieder unter ihre Fittiche nimmt. Sie widersetzen sich. Gomulka aber wirft ihnen vor, daß sie, die so eifertig dem Stalinismus gedient hatten, ihm jetzt Widerstand leisten. Diese bitteren Worte aus dem Munde eines Mannes, der damals mutiger war als sie, entbehren nicht einer gewissen Berechtigung, und doch sind Verbote und zwangsweise Einsetzungen von Redakteuren Dinge, die die freiheitliche Meinungsbildung und schöpferische Initiative im Lande stark beeinträchtigen. Die Begrenzung der künstlerischen Freiheit stellt eine Fortsetzung der im vorigen Jahre so verheißungsvoll begonnenen literarischen Produktion der polnischen Schriftsteller sehr in Frage.

Vorläufig jedenfalls. Denn die polnischen Intellektuellen wollen nicht daran glauben, daß sich die erneute Unterdrückung ihres Schaffens auf die Dauer durchsetzen wird. Sie ist auch keinesfalls so hart, wie in anderen Ländern des Ostblocks. Trotz aller Kritik an ihnen, weiß die polnische Parteiführung — im Gegensatz zu der SED-Führung etwa — den Wert der Intellektuellen sehr wohl zu schätzen. Während sie einerseits zensiert und unterdrückt, ist sie andererseits bemüht, sich ihre Gunst zu erhalten. Es kommt dabei zu den sonderbarsten Situationen. Der 1957 erschienene Roman von Kazimierz Brandys „Die Mutter der Könige“ (er kommt bald auch in deutsch heraus) darf nicht neu aufgelegt werden, aber man schlägt dem Autor die Neuauflage eines Buches vor, das er in seiner stalinistischen Zeit geschrieben hat und für welches er damals einen Preis erhalten hat. Als er das Ansinnen ablehnt, gibt man andere Bücher von ihm heraus, die er noch vor der Schdanow-Ära geschrieben hat, also vor der Zeit der so verhängnisvollen Unterwerfung der Kunst unter das Parteidiktat. Die gleichen Bücher dieses und ähnliche anderer polnischer Autoren erscheinen übrigens jetzt in der Sowjetunion, wo man bemüht ist, die eigene Reklame, die man den polnischen Schriftstellern durch ihre ständige Verdammung gemacht hat, nun auszunützen. Nachdem die sowjetischen Zeitungen z. B. monatelang unaufhörlich gegen den polnischen „Rabiaten“ Andrey Braun gewettert hatten, der angeblich „im Fahrwasser der bürgerlichen Ideologie schwimmt“ — druckt man jetzt einen Roman von ihm aus dem Jahr 1952 ab. (Natürlich, nicht das Buch „Die gepflasterte Hölle“, das seine ketzerischen Ideen enthält und selbst in Polen nur in der „Nowa Kultura“ in Fortsetzungen erschienen ist — deutsch im Steingrüben-Verlag).

„Wenn wir auch nicht drucken dürfen, so können wir doch schreiben“, sagen die polnischen Schriftsteller, „wir haben nicht nur die materiellen Voraussetzungen dafür, sondern nach den Ereignissen der letzten Jahre auch die Überzeugung, daß das, was wir heute für die Schublade schreiben, so oder so doch einmal das Licht der Öffentlichkeit erblickt.“

Wie man sieht, ist die Lage der „Tauwetter“-Intellektuellen in Polen jetzt zwar schwer, aber nicht hoffnungslos. Nicht hoffnungslos vor allem ihrer eigenen konsequenten Haltung wegen. Über diese Haltung gelangt nicht alles in die Presse, aber die polnische Öffentlichkeit ist

dennoch darüber informiert. So weiß man z. B. in Warschau von der eindrucksvollen Demonstration des polnischen Schriftstellerverbandes nach dem Budapester Bluturteil. In einer Plenarsitzung des Verbandes ehrten die Schriftsteller in Warschau das Andenken von Nagy, Maleter und ihren Kameraden durch eine Minute des Schweigens.

Kaum einige Wochen später ist der Vorsitzende des polnischen Schriftstellerverbandes, Antoni Slonimski, nach Moskau eingeladen worden. In einem Interview, das der Pole der Moskauer Literaturzeitung gab, forderte er nicht nur „mehr Verständnis von seiten der russischen Kollegen“, sondern nannte auch, nach den besten polnischen Literaten gefragt, ohne zu zögern, an erster Stelle Mieczyslaw Jastrun und Jerzy Andrzejewski. Beide waren vor einem Jahr aus Protest gegen die Unterdrückung einer neuen literarischen Zeitschrift unter dem Titel „Europa“ aus der Partei ausgetreten. Als beste Schriftsteller und Publizisten der jungen Generation bezeichnete Slonimski die in der Sowjetpresse ständig angegriffenen Marek Hlasko (der inzwischen in der Bundesrepublik um politisches Asyl gebeten hat) und Krzysztof Teodor Toeplitz. Er wies die Behauptung, Hlasko „male zu schwarz“, dabei nachdrücklich zurück. Das Interview wurde sowohl in der russischen Literaturzeitung wie in polnischen Blättern abgedruckt.

Es sei tatsächlich so, da die Parteiführung keinen Intellektuellen finden könne, der sich zu einer nicht-revisionistischen Haltung bekenne, sagen polnische Besucher. Das heißt, niemand sei bereit eine Parteikontrolle auf intellektuellem Gebiet, in Kunst und Wissenschaft vor allem, zu befürworten. Man wehre sich energisch gegen eine Rückkehr zum „sozialistischen Realismus“ und verachte diejenigen sowjetischen Kollegen, die sich widerstandslos wieder dem alten Joch beugen. Als zum Jahrestag der polnischen kommunistischen Staatsgründung am 22. Juli die Partei sich an eine Reihe führender polnischer Schriftsteller und Publizisten wandte, einen Artikel für das sowjetische Partei- oder Regierungsorgan zu schreiben, wollte sich niemand dazu bereit erklären. Der antirussische Komplex ist in Polen infolge der ungarischen Ereignisse in letzter Zeit immer stärker geworden. Das zeigt sich auf kulturellem Gebiet besonders darin, daß vor allem Bücher und Filme des westlichen Auslands dem polnischen Leser und Zuschauer zugänglich gemacht werden. Übersetzungen aus dem Russischen, die in den letzten Lebensjahren Stalins den polnischen Büchermarkt völlig beherrscht hatten, sind äußerst eingeschränkt worden, russische Filme und Gastspiele sowjetischer Theater bleiben hinter französischen z. B. weit zurück.

Die sowjetische Zeitschrift „Swesda“ griff deshalb die angeblich „nihilistische“ Tendenz der polnischen Intellektuellen im Sommer dieses Jahres scharf an. Sie verkündeten den Unglauben an den Menschen und die Philosophie der Verzweiflung, meinte das Blatt. Es war die literarische Beilage des polnischen Parteiorgans „Trybuna Ludu“, die dem sowjetischen Kritiker darauf entgegnete und die polnische Kulturpolitik folgendermaßen in Schutz nahm:

„Sicher muß es eine kluge kommunistische Verlagspolitik geben, und wo ihre Prinzipien verletzt werden, da greift die Partei ein. Aber das Scherbengericht ist eine schlechte Methode und sich in einer kulturellen Autarkie zu verschließen, ebenfalls. Es ist falsch, den erwachsenen Leser wie ein Kind zu behandeln, dem man die Lektüre „unanständiger“ oder „zu schwerer“ Bücher verbietet. Man soll auch Sartre nicht verbieten, weil uns sovieles bei diesem Schriftsteller abstößt. Niemand wird natürlich verlangen, daß unmenschliche und faschistische Literatur bei uns gedruckt wird. Aber es wird doch wohl auch niemand Camus oder Sartre, Faulkner oder Caldwell, Moravia oder Dürrenmatt und sogar jene pessimistischen Verirrten von der Art eines Beckett nicht — Faschisten nennen?“

Daß so viele westliche Schriftsteller in den letzten beiden Jahren ins Polnische übersetzt wurden, erklärt die Parteileitung damit, daß man „Unterlassungssünden wiedergutmachen“ mußte. Dann führt sie ungeniert als Beweis dafür, wie viele sowjetische Stücke gespielt wurden, folgende Zahlen über die Theaterpremierer in Warschau und anderen polnischen Städten an:

1957 gab es in Polen 449 Premierer, davon waren 193 polnische Stücke (88 klassisch und 105 modern). Von den ausländischen Stücken, die in Polen zur Aufführung gelangten, waren 87 französische, 41 englische, 24 sowjetische, 24 italienische, 19 amerikanische usw. Der Autor des Artikels bedauert zwar, daß so wenig sowjetische Stücke aufgeführt wurden, wendet sich aber gleichzeitig noch einmal ganz energisch gegen

das Administrieren in der Kunst und gegen die Intoleranz, die er zum Haupthemmschuh jeglicher künstlerischer Entwicklung erklärt.

Diese Antwort der polnischen Parteizeitung auf die Vorwürfe der sowjetischen Zeitschrift ist deshalb besonders bemerkenswert, weil das Blatt, das sie veröffentlichte, sonst zu den schärfsten Kritikern der „revisionistischen“ polnischen Intellektuellen gehört. Aber auch diese Kritiker sind in Polen, wie man sieht, immer noch weit von der Haltung ihrer sowjetischen Kollegen entfernt.

So ist es auch mit Gomulka: zwar hat er, wie man sich in Warschau erzählt, empört über eine „unkeusche“ Darbietung des Fernsehens, kurzerhand den verantwortlichen Redakteur absetzen lassen, aber er verbietet und beschränkt den Empfang ausländischer Radiostationen im Lande nicht. Es gibt in Polen seit dem Oktober 1956 keine Störsender,

man kann sich am Zeitungskiosk westliche Zeitungen kaufen und jederzeit moderne Musik hören — der heiße Jazz ist dort sogar mehr zu Hause als in der Bundesrepublik.

Dennoch gibt es keinen Künstler, keinen Schriftsteller oder Wissenschaftler, der bei Besuchen im Ausland nicht wenigstens mit dem Gedanken spielt, ob er nicht im Ausland bleibt. Dennoch wählte Marek Hlasko, vor die Alternative gestellt, in seiner Heimat zum Schweigen verurteilt zu sein, oder zu emigrieren, den letzteren Weg und einige Regisseure taten es ihm gleich.

Es bleibt nur zu hoffen, daß dieser Weg nicht zur einzigen Möglichkeit für die Intellektuellen Polens wird — so wie er es für die Intellektuellen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands beinahe schon geworden ist.

Staat und Kirche

Eine der Besonderheiten der Gomulka-Politik ist bekanntlich seine Toleranz gegenüber der Kirche. Unmittelbar nach dem Oktober 1956 wurde der unter Bierut gefangengesetzte Kardinal Stefan Wyszyński freigelassen und konnte sein Amt als Primas von Polen wieder übernehmen. Kurze Zeit darauf wurde zwischen Staat und Kirche ein Übereinkommen abgeschlossen, in dem der Kirche eine Reihe von Zugeständnissen gemacht wurde — u. a. die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen —, während sich die Kirche verpflichtete, der Regierung ihrerseits keine Hindernisse in den Weg zu legen. Bei den Neuwahlen zum Sejm, der polnischen Volksvertretung, im Januar 1957, hat die Kirche dann auch durch ihre Unterstützung nicht wenig zum Sieg Gomulkas beigetragen.

Inzwischen haben sich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Polen jedoch etwas verschlechtert. Es ist nicht ganz einfach festzustellen, wer daran die Schuld trägt. Es scheint uns falsch, allein Gomulka dafür verantwortlich zu machen. Andererseits wäre es sicher auch nicht richtig, alle Schuld bei den kirchlichen Behörden zu suchen. Wahrscheinlich sind sowohl die kirchlichen wie die staatlichen Organe schuld an dieser Verschärfung. Auch die beinahe sagenhafte Religiosität des polnischen Volkes und nicht zuletzt einige auf Grund dieser Religiosität möglich gewordenen Tatsachen dürften nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Die ersten Spannungen begannen im Zusammenhang mit der Spendenaktion für Polen. Neben anderen ausländischen Spenden, der Hilfe des Roten Kreuzes etwa oder der Unterstützung, die im Ausland lebende Polen ihren Landsleuten in der Heimat zukommen ließen, hat im vorigen Jahr auch eine große Hilfsaktion der amerikanischen Katholiken für Polen begonnen. Nun werden aber alle Spenden, die nach Polen gelangen, von einer eigens dazu geschaffenen staatlichen Kommission verwaltet und verteilt. Die Kirche weigerte sich, die Geschenke der kirchlichen amerikanischen Organisation ebenfalls dieser staatlichen Kommission zur Verteilung zu übergeben und bestand darauf, sie selbst zu verwalten. Daraufhin beschloß die Regierung die Spenden als „Privatsendungen“ zu behandeln und dementsprechend zu besteuern. Monatelang dauerten die Auseinandersetzungen darüber, bis die Kirche sie schließlich den Opfern der Überschwemmungskatastrophe übergab. Die Angelegenheit hatte jedoch auf beiden Seiten viel böses Blut hervorgerufen.

Zu einem zweiten noch schärferen Konflikt kam es im Juli, als sich der Staat entschloß, die Verlagstätigkeit des Primas-Instituts im Kloster Jasna Gora in Tschenstochau einer scharfen Kontroffe zu unterziehen. Die Vorgeschichte dieses Zwischenfalls, der die ganze Welt erregt hat, ist folgende: Gesetzlich ist es in Polen sogenannten „gesellschaftlichen“ Organisationen erlaubt, hektographiert vervielfältigtes Material zu vertreiben. Das heißt also, Gewerkschaften, Sportorganisationen, Pfadfinder, Singvereine usw. haben das Recht, ihre Rundschreiben, Verordnungen und Mitteilungen zu vervielfältigen und an ihre Mitglieder zu versenden. Die Kirche zog Erkundigungen darüber ein, ob sie als eine „gesellschaftliche Organisation“ gelte und als sie die Bestätigung dafür erhielt, begann das Institut des Primas Predigten, Artikel usw. zu vervielfältigen und in großem Rahmen an die Gläubigen zu verteilen. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Tätigkeit — die Auflagen dieser internen Mitteilungen gingen bald in die Hunderttausende — den kommunistischen Staats- und Parteiorganen immer weniger gefiel. Sie begannen die Schriften unter die Lupe zu nehmen und nach Dingen zu suchen,

die man als „nicht mehr religiös“ beanstanden konnte — und schließlich erteilte die Staatsanwaltschaft die Anweisung, eine Haussuchung in dem Primas-Institut durchzuführen. Primas Kardinal Wyszyński wurde zwar vorher brieflich davon verständigt, daß die Absicht bestünde, im Kloster von Jasna Gora eine Haussuchung abzuhalten, aber der Brief wurde an einem Sonnabend nachmittag abgeschickt, so daß der Kardinal, der sich zur Zeit gar nicht in seinem Amtssitz befand, ihn nicht rechtzeitig erhalten konnte. Er konnte auch nicht von seinem Inhalt verständigt werden, denn da der Brief mit der Aufschrift „persönlich“ versehen war, hatte ihn niemand in seiner Kanzlei geöffnet. Die Miliz drang also faktisch ohne vorherige Benachrichtigung in das Kloster ein.

Die Haussuchung selbst verlief dann ebenfalls regelwidrig. Das vorgefundene Material wurde, ohne daß man es registriert hätte, einfach in Säcke gestopft, zum Teil auch unter Anwendung von Gewalt den Ordensbrüdern entrissen. Sofort hatte sich die Kunde von dem Eindringen der Miliz in das Kloster im ganzen Ort verbreitet und eine große Menge von Menschen sammelte sich vor den Toren, um gegen das Vorgehen der Staatsorgane zu protestieren. Auch aus anderen Ortschaften begannen die Gläubigen zu dem berühmten Pilgerort zu strömen. Die Weltpresse hatte bereits von den Zwischenfällen im Zusammenhang mit dieser Haussuchung berichtet, als sich die Regierung schließlich zu einer Erklärung darüber entschloß. Zu gleicher Zeit wurde der offizielle Protest Kardinal Wyszyńskis gegen die Haussuchung bekannt.

Zwar ist der Zwischenfall damit beigelegt worden, aber der Unwille den die Verlagstätigkeit des Primas-Instituts bei Partei und Regierung auslöst, war deutlich zum Ausdruck gekommen. Von nun an werden die Publikationen des Instituts von der Presse regelmäßig angegriffen. Man bezeichnet sie nicht nur als „illegal“ und den Abmachungen der Verständigung von 1956 zuwiderlaufend, sondern vor allem als „politisch“. Die Kirche ginge über den Rahmen der religiösen Fragen hinaus, wirft man ihr vor. Die Geistlichen hätten sich in einer von Predigten und gedruckten Artikeln gegen Grundsätze des sozialistischen Staatswesens gewandt, die nun einmal für Polen bindend seien. Zum Beweis wurden sowohl Auszüge aus den Predigten des Kardinals Wykzyński selbst angeführt, wie Auszüge aus Aussprüchen anderer kirchlicher Würdenträger. So wurde z. B. in einem Artikel in der Warschauer Tageszeitung „Zycie Warszawy“ (8. August 1958) folgendes Zitat aus einer Predigt angeführt, die Kardinal Wyszyński an die Warschauer Jugend gehalten hatte: *„Das Recht des Einzelnen auf Eigentum ist ein integrales Recht, das ihm von Gott verliehen wurde und niemand darf dieses Recht beeinträchtigen . . . die Kirche ist gegen alle Formen der Verstaatlichung der Güter in großem Maßstab. Das ist nämlich ein Übergriff und eine Rechtlosigkeit.“*

Die Predigt des Kardinals stelle eine deutliche Kritik an der Vergesellschaftung des Eigentums dar, kritisierte das Blatt, diese aber sei das Fundament der polnischen Gesellschaftsordnung.

Das Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen und dadurch sinnentstellend dargeboten worden, erklären andererseits die Vertreter der Kirche, dem Kardinal läge es fern, die polnische Staatsordnung anzugreifen.

Tatsächlich klingt es manchmal beinahe wie eine Variation desselben Leitmotivs, das alle Reden Gomulkas kennzeichnet, wenn Kardinal Wyszyński in einem seiner Artikel etwa schreibt:

„Die Katholiken sind verpflichtet, den schlechten nationalen Eigenschaften unseres Volkes den Kampf anzusagen: der Faulheit, dem Leichtsinne, der Vergeudung, der Trunksucht und der Unbeherrschtheit. Sie sind verpflichtet, sich die Tugenden: Treue und Pflichtbewußtsein, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit anzueignen, sich in Verzicht und in gegenseitiger Achtung zu üben, in der Liebe und der sozialen Gerechtigkeit . . .“ („Tygodnik Powszedni“ 1. Juni 1958).

Aber hat nicht der Primas auch von einer Bedrohung gesprochen, der die Katholiken angeblich ausgesetzt sind? fragen kritisch die polnischen Parteizeitungen. Einer Bedrohung von Seiten eben jenes Staates, der Wyszynski ja wieder seine Rechte zurückgegeben hat? Haben die kirchlichen Würdenträger nicht laut und deutlich die Auffassung vertreten, die Lehrerschaft und die Schule überhaupt müsse in erster Linie der Kirche untertan sein und nicht dem Staat, der einen schlechten Einfluß auf die Kinder ausübe?

Die Auseinandersetzungen um die Schule ist einer der wichtigsten Punkte der Spannungen zwischen Staat und Kirche.

Kurz nach der Haussuchung in Jasna Gora — Anfang August dieses Jahres — wurde amtlich verkündet, es sei nicht zulässig, daß Mönche und Nonnen in den Staatsschulen Religionsunterricht erteilen. (Es gibt in Polen auch ausgesprochene Klosterschulen.) Nach der generellen Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen — der zwar offiziell in Polen nie verboten, praktisch aber in den letzten Jahren vor 1956 unterbunden gewesen ist — reichte die Anzahl der Katecheten, über die die Kirche verfügte, nicht mehr aus. Sie setzte daher rund 2000 Mönche und Nonnen für den Religionsunterricht in den Schulen ein. Das hat der Staat mit seiner Verfügung jetzt verboten. Seine Forderung, sie zurückzuziehen, erfolgt unter dem Hinweis, auch vor dem Kriege seien in Polen Mönche und Nonnen nicht als Religionslehrer an den staatlichen Schulen zugelassen gewesen.

Ob es nicht genug sei, wenn der kommunistische Staat die Katecheten bezahle? — fragen die Zeitungen.

Die Ablehnung der Mönche und Nonnen als Religionslehrer trifft die Kirche mehr als der staatliche Protest gegen das Anbringen von Kreuzen in den Schulräumen. Selbst die Worte, die Gomulka in einer Rede im Sommer dieses Jahres gegen diese Kreuze richtete, haben nämlich nicht den geringsten Eindruck gemacht. Überall dort, wo es eine Schulleitung in Polen versucht hat, Kreuze aus den Schulräumen zu entfernen, kam es zu wahren Aufständen, vor allem der bäuerlichen Eltern. Sie drangen in die Schule ein und brachten gewaltsam die Kreuze wieder an, wobei sie nicht selten andere Bilder demolierten. Um der Ruhe willen gaben die Schulleitungen dann meist nach.

Diese Szenen aber und noch mehr die unliebsamen Zwischenfälle, die sich in einigen Schulen ereigneten, als Eltern ihre Kinder veranlaßten, „Ungläubige“, d. h. Kinder Andersgläubiger oder religionsloser Eltern, zum Religionsunterricht zu zwingen, sind sicher nicht zuletzt Ursache für die Nervosität der polnischen Parteiführung. Immer wieder wird deshalb in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß es in Europa kaum ein Land gibt, in dem die Kirche solche Rechte genießt wie in Polen. Man erinnert daran, daß seit dem Krieg in Polen 700 Kirchen wieder aufgebaut und neugebaut worden sind — 276 befänden sich zur Zeit im Bau, daß die Zahl der Alumnus, die zu Priestern ausgebildet würden, jetzt doppelt so hoch sei, wie vor dem Krieg und die Zahl der Mönche und Nonnen in Polen proportional höher als in vielen anderen Ländern des kapitalistischen Auslands.

Das einzige, was die Regierung verlange, sei, daß die Kirche den Rahmen religiöser Betätigung nicht überschreite und tolerant gegenüber dem nichtkatholischen Teil der Bevölkerung sei. Die Toleranz fällt dem polnischen Volk, das zu über neunzig Prozent aus Katholiken besteht, nicht sehr leicht. Andererseits ist die Partei nun dazu übergegangen, der ideologischen Beeinflussung durch die Kirche zwar nicht die sich als unwirksam erwiesene offene antireligiöse Propaganda entgegenzusetzen, aber doch eine Reihe von atheistischen Institutionen und Organisationen zu schaffen. Unter anderem wurde eine Schule für Religionswissenschaft eröffnet. Besondere Zeitungen und Zeitschriften setzen sich mit dem Problem des Glaubens auseinander und innerhalb der kommunistischen Intelligenz wird eifrig darüber diskutiert, welcher Weg am sichersten zu einer Einschränkung des religiösen „Fanatismus“ in Polen führen könnte.

Im Zusammenhang mit dem tausendsten Jahrestag des polnischen Staatswesens, der 1960 gefeiert werden soll, ist das Problem der reli-

giösen-Propaganda in Polen wieder akut geworden. Da die Staatsgründung mit der Christianisierung zusammenfällt, hat das Episkopat die Tausendjahrfeier auch zum Anlaß einer großen kirchlichen Feier genommen. Im Zeichen des Millenniums ist ein besonderes Programm der Kirche ausgearbeitet worden, eine Novene, die in neun Jahresbotschaften aufgeteilt wurde. Ein Gelübde, das von über einer Million Menschen in Jasna Gora abgelegt und in allen Kirchen Polen wiederholt wurde, eröffnete die kirchlichen Aktionen anläßlich des bevorstehenden Jahrestages und die Regierung sieht dem von ihr selbst vorgeschlagenen Feiertag nun mit gemischten Gefühlen entgegen: wird er nicht Anlaß zu einer unentwegten Demonstration religiöser Gefühle werden? In Polen ist die Verbindung zwischen Religion und Nationalempfinden sehr eng. Seinen Glauben zu bewahren hieß im Verlauf der vielen Jahrhunderte nationaler Unterdrückung des Volkes auch immer sein Polentum zu bewahren. Ein Bekenntnis zum Polentum war immer auch ein Bekenntnis zum Katholizismus. Es war gleichzeitig auch eine Demonstration gegen den fremden Unterdrücker, sei es nun ein Russe oder ein Deutscher gewesen. Unter dem Kommunismus ist das Bekenntnis zum Glauben gleichzeitig eine Demonstration für Polen und gegen Moskau, aber auch für Polen und gegen die Kommunisten. Es ist oft nur schwer festzustellen, ob die Scharen der Pilger, die nach Jasna Gora wallfahren, das um des Glaubens willen tun oder um ihre Abneigung gegen die kommunistische Staatsform zum Ausdruck zu bringen. Das Millennium, das ursprünglich die nationalen Gefühle der Polen in den Dienst der kommunistischen Staatsführung spannen wollte, ist dadurch, daß sich die Kirche so aktiv in die Vorbereitungen eingeschaltet hat, zu einer problematischen Angelegenheit für Gomulka geworden.

Wyszynski hätte sich unter dem Einfluß des Vatikans, den er im Sommer 1957 besuchte, zu einer aggressiven Haltung gegenüber dem Staat verleiten lassen — behaupten die polnischen kommunistischen Zeitungen. Die Verschärfung der Beziehungen sei nur ein Teil der allgemeinen Verschärfung, die Gomulkas Politik erfahren habe — antwortet die Kirche und läßt inoffiziell verlauten, es sei eigentlich nur ihr Widerstand, der verhindere, daß die Abkehr vom Oktober nicht weiter ginge.

Mag sein, daß die letzte Behauptung etwas auf sich hat, aber es ist ebenso wahrscheinlich, daß Gomulka selbst keine größere Abkehr beabsichtigt, daß er selbst bei seiner Politik einer Toleranz der Kirche, deren Kraft in Polen zu unterschätzen, politische Blindheit wäre — zu bleiben beabsichtigt. Es ist jedenfalls nichts darüber bekannt geworden, daß Kardinal Wyszynski etwa Schwierigkeiten bei seiner Reise zur Papstwahl gehabt hätte. Als einziger Kardinal aus dem Ostblock konnte er ungehindert an ihr teilnehmen, ebenso wie die polnischen Sender als einzige Sender des Ostblocks ausführliche Berichte über die Trauerfeierlichkeiten beim Ableben des Papstes übertrugen und ihre Programme im Zusammenhang mit diesen Feierlichkeiten umgestalteten. Ebenso haben auch die kommunistischen polnischen Zeitungen solche Berichte veröffentlicht.

Von einer Unterdrückung oder gefährlichen Beeinträchtigung der Kirche in Gomulkas Polen kann jedenfalls noch keineswegs gesprochen werden.

Die Lage in der Landwirtschaft

Das entscheidende Merkmal des „Gomulkismus“, wenn man von einem solchen sprechen kann, ist die Einstellung zur privaten Landwirtschaft. Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Führern ist Gomulka immer der Ansicht gewesen, man müsse die Kollektivierung der Landwirtschaft äußerst vorsichtig handhaben und auf keinen Fall irgendwelche Zwangsmittel anwenden, um die Bauern in die Genossenschaften zu bringen. Er weiß, daß jegliche kommunistische Politik in Polen zum völligen Scheitern verurteilt ist, wenn sie es nicht vermag, den polnischen Bauern wenn nicht für sich zu gewinnen, so doch zu neutralisieren. Die Wiederwahl Gomulkas zum Parteisekretär im Herbst 1956 war daher mit einer Massenauflösung der bestehenden Kolkhose verbunden. Die Agrarpolitik, die die polnischen Kommunisten seither betreiben, stützt sich auf die mittlere Bauernwirtschaft, auf den privaten Bauern. Ungeachtet aller Angriffe der polnischen Stalinisten und der Kritik Moskaus ist Gomulka bei dieser Politik geblieben. Er hat es erreicht, daß man im Kreml keine offenen Ausfälle gegen ihn in dieser Hinsicht unternimmt, ja eine ganz bemerkenswerte Zurückhaltung bei der Beschreibung der Lage im polnischen Dorf in der sowjetischen Presse

übt. Einer Lage, die doch derjenigen im sowjetischen Dorf propagierten diametral entgegensteht.

Einige Male, bei Besuchen hoher sowjetischer Würdenträger in Polen, erwartete man dort und in der UdSSR, daß nun endlich scharfe Worte der Verurteilung gegen die „Revisionisten“ der kommunistischen Agrarpolitik fallen würden — sie blieben aus. Noch wird Gomulkas Agrarpolitik offensichtlich von Chruschtschow geduldet. Hat der polnische Parteichef den sowjetischen überzeugt? Wenn es so ist, so ist Gomulka sich dessen jedenfalls nicht sehr gewiß.

Auf dem diesjährigen Erntedankfest in Warschau hielt er eine Rede, in der er sich inbrünstig zum System der kollektiven Bodenbearbeitung bekannte und ihre Vorzüge gegenüber der individuellen anpries. Manchen war angesichts dieser Rede der Gedanke gekommen, Gomulka habe nun doch vor, sich von dem „eigenen polnischen Weg“ in der Landwirtschaft abzuwenden. Dafür liegt jedoch kein Grund vor. Gomulka hat auch vorher nie verhehlt, daß er im Prinzip für Genossenschaften ist. Als er im Oktober 1956 der Zwangskollektivierung ein Ende setzte, hat er gleichzeitig sofort die Bildung anderer Arten bäuerlicher Genossenschaften empfohlen. Wogegen er sich mit aller Schärfe wandte, war die Vernichtung bäuerlichen Eigentums, die die stalinistische Kollektivierungskampagne mit sich gebracht hat und seither wird in Polen alles vermieden, was auch nur im Geringsten an eine solche Kampagne erinnern könnte. Das und selbst die genaue Lektüre von Gomulkas Rede an die Bauern muß einen davon überzeugen, daß der polnische Parteichef nicht an eine Änderung seiner landwirtschaftlichen Politik denkt. Die Versuche der stalinistischen Fraktion seiner Partei ihn zu einer „deutlichen Abwehr kapitalistischer Elemente auf dem Dorf“ zu veranlassen, blieben ohne Erfolg.

Die Bauern verstehen das sehr wohl. Über sechzigtausend von ihnen waren zu dem diesjährigen Erntedankfest nach Warschau gekommen. Nationaltrachten, Blumenkränze und Bänder schmückten die Menge, die dem „Patron“ des Bauernfestes, dem kommunistischen Parteichef, ihre Sympathie bekundete. Ehe er seine strengen Worte an die Versammelten richtete, nahm Gomulka erst aus der Hand einer stattlichen Bäuerin Brot und Salz in Empfang.

Die Bauern hätten noch viel zu wenig getan, um Polen von den großen Getreideeinkäufen im Ausland zu befreien, warf er ihnen vor. Dazu um die steigenden Bedürfnisse des Landes zu befriedigen, müßte die Landwirtschaft nicht nur besser technisch ausgerüstet sein, sondern die Bauern müßten auch die vorhandenen Möglichkeiten mit mehr Verständnis ausnützen. Der Staat hat in den letzten drei Jahren große Summen in den Ausbau der im Verlauf der stalinistischen Zeit vernachlässigten Bauernwirtschaften investiert. Nachdem die Regierung erkannt hatte, daß es die große Differenz zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktionsentwicklung war, die zu der katastrophalen Wirtschaftslage Polens geführt hat, ist man wirklich mit allen Mitteln daran gegangen, diese Differenzen zu verringern.

1956 erhielten die polnischen Bauern Investitionskredite von 650 Millionen Zloty, in diesem Jahr sind es bereits über zwei Milliarden Zloty, die der Staat ihnen zum Ankauf von Inventar, zum Häuserbau und für Düngemittel vorschob. Die Ausgaben des Staates allein für Bewässerungsanlagen sind für die Jahre des nächsten Planjahrfünfts (1959–60) mit drei Milliarden Zloty veranschlagt.

Allerdings sind die Anforderungen der Bauern, die nun wieder sehr an ihrer Arbeit und an ihren Feldern interessiert sind, weitaus höher als die Möglichkeiten der staatlichen Industrie. Weder die Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen noch die von Kunstdünger reicht aus, um das Land zu versorgen. Das ist unter anderem der Grund, warum Gomulka so nachdrücklich empfiehlt, daß wenigstens die landwirtschaftlichen Maschinen gemeinsam von Bauernzirkeln oder Bauerngruppen angeschafft werden, die sie untereinander austauschen. Alle Formen solcher Kooperierung erhalten vom Staat Privilegien, sie werden bevorzugt bedient und erhalten die größten Zahlungserleichterungen. Dennoch sind die Bauern durch die schlechten Erfahrungen der Kolchoszeit gewitzt, nur schwer dazu zu bewegen, irgendetwas gemeinsam zu unternehmen. Sie zahlen lieber mehr, warten länger, aber besitzen allein.

Im Zusammenhang mit diesem Wunsch nach ausschließlichem Alleinbesitz ist jetzt in Polen die Zersplitterung der Bauernwirtschaften zu einer akuten Gefahr geworden. Über 55 Prozent der Bauernwirtschaften in Polen besitzt trotz der Bodenreform von 1945 nur eine Bodenfläche

von einem halben bis zu fünf Hektar. Nun ist aber Polen zur Zeit das Land Europas mit dem größten Bevölkerungszuwachs. Besonders viele Kinder haben die Bauern, die jetzt, da der Landbesitz wieder an Wert gewonnen hat, ihn an ihre Kinder vererben und also unter sie aufteilen werden. Die Perspektiven einer zum großen Teil aus Zwergwirtschaften bestehenden Landwirtschaft kann die polnische Regierung wirklich mit Sorge erfüllen. Reformen des Erbrechts werden erwogen und besondere Gremien zerbrechen sich den Kopf darüber, wie man, wenn schon nicht eine Zusammenfassung des Bodenbesitzes erreichen, so doch seine völlige Zersplitterung verhindern kann.

Es mag sein, daß die Verzögerung bei der Ausstellung der Besitzurkunden für den Boden — die so viel Ärger bei den Bauern hervorruft, auch damit zusammenhängt. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß neben fachlicher Unkenntnis und einer gewissen Schlamperei, der böse Wille des alten bürokratischen Apparats die Schuld daran trägt. Dieser Apparat — und zwar sowohl die Partei- wie die Staatsfunktionäre, die in den vergangenen Jahren das Dorf beherrscht haben und sich mit der neuen Sachlage nicht abfinden wollen — wirkt sich hemmend auf die Gesundung der Landwirtschaft aus. Auch der Bodenverkauf aus dem Staatsbesitz wird sicher nicht zuletzt durch diesen Apparat hintertrieben.

Dieser Bodenverkauf ist eine der charakteristischsten Maßnahmen, die die polnische landwirtschaftliche Entwicklung von der in anderen kommunistischen Ländern unterscheiden. Im vorigen Jahr nahm der Sejm ein Gesetz an, daß den Verkauf von rund einer halben Million Hektar Land aus dem Besitz der Staatsgüter an private Interessenten vorsieht. Schon die Ankündigung, daß der Verkauf beginnt, im Frühjahr dieses Jahres, rief Tausende von Bauern auf die Beine. Die Nachfrage überstieg bald das Angebot. Um Zwischenhändler auszuschalten und auch um den Boden wirklich Menschen zukommen zu lassen, die ihn benötigen, und solchen, die imstande sind, ihn zu bearbeiten, wurden eine Reihe von Bestimmungen ausgearbeitet, denen die Käufer entsprechen mußten. Das und die bürokratische Erledigung der Anträge, wie auch, daß die Staatsgüter tatsächlich nur den schlechtesten Boden zum Verkauf freigegeben hatten — bewirkte schließlich eine gewisse Unlust der privaten Käufer und hat dazu geführt, daß diese Aktion, die so vielversprechend für den Staat und für die Bauern ausgesehen hat, sich nur langsam und lustlos weiterschleppt.

Hat in diesem Fall zu einem gewissen Teil die Regierung schuld, so ist im Fall der Steuerschulden die Bauernschaft selbst im Unrecht. Das Dorf sei dem Staat rund acht Milliarden Zloty schuldig, sagte Gomulka am 6. September. Natürlich mache man nicht jenen Bauernwirtschaften einen Vorwurf, die ihren Boden erst jetzt aus der Aufteilung erhalten hätten, oder jenen, die sich aus sonst einem Grunde in einer schlechten wirtschaftlichen Lage befänden, aber es gäbe auch andere. Die Grundsteuer sei 1957 neu geregelt worden und diejenigen, die sie nicht entrichtet hätten, obwohl sie nun auf ganz gerechter Grundlage festgelegt worden sei, und obwohl sie durchaus dazu in der Lage wären, würden nunmehr zur administrativen Verantwortung gezogen.

Diese Forderung des Staates scheint gerecht zu sein, wenn man bedenkt, daß die polnischen Bauern durch die höheren Preise, die der Staat ihnen jetzt für ihre Produkte zahlt, einen nicht geringen Vorteil haben. Rund 22 Prozent mehr als im Vorjahre haben die Bauern in dem ersten Halbjahr dieses Jahres für die an den Staat gelieferten Produkte erhalten. Auf die Pflichtablieferung, die Gomulka abzuschaffen versprach, konnte zwar in diesem Jahr noch nicht restlos verzichtet werden, aber das Ausmaß der Lieferungen ist in diesem Jahr um 60 000 Tonnen geringer als im Vorjahr. Und auch 1957 war schon eine beträchtliche Einschränkung der Lieferungen durchgeführt worden — kleine Bauernwirtschaften waren ganz von der Pflichtablieferung befreit worden und die Ablieferung von Milch und Kartoffeln war aufgehoben worden.

Der Übergang zum freien Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Rahmen des staatlichen Monopols konnte in diesem Jahr unter anderem deshalb nicht erfolgen, weil die großen Überschwemmungskatastrophen einen großen Teil der Ernte vernichtet hatten. Um so bemerkenswerter ist die Tatsache, daß die polnische Stadtbevölkerung nicht schlechter, sondern sogar besser mit Lebensmitteln versorgt ist: der privatwirtschaftende Bauer, der keine Angst mehr hat zwangskollektiviert zu werden und wieder an die Beständigkeit seines Besitzes glaubt, ist eine sicherere Grundlage für die Lebensmittelversorgung als anhaltend gutes Wetter ... Trotz der ungünstigen Witterung haben die Bauern es erreicht, daß der Gesamternteertrag in diesem Jahr nicht

hinter dem anderen guten Jahre zurückbleibt. Die Geldeinnahmen, die die Bauern aus dem zentralisierten Verkauf hatten, betrug in diesem Jahr schätzungsweise 45 Milliarden Zloty, also rund 7,5 Milliarden Zloty mehr als im Vorjahr — teilte Wladyslaw Gomulka auf dem 12. Parteiplenum im Oktober mit und schätzte, daß das Realeinkommen der Landbevölkerung in diesem Jahr im Verhältnis zum vorigen Jahr um rund vier Prozent gestiegen sei.

Wenn man die große Bautätigkeit der Bauern hinzurechnet, die bedeutenden Summen, die die Regierung außerdem in den Bau der Dorfschulen, Lesehallen usw. investiert, so kann man bedenkenlos feststellen, daß die polnische Bauernschaft immer noch die größten Vorteile aus dem Gomulka-Regime in Polen zieht. Wenn auch mit größerer Reserve als vor zwei Jahren, ist sie daher weiterhin hinter dem Parteichef. Um allen Eventualitäten vorzubeugen, bauen ganz Vorsichtige zunächst einmal ausschließlich Ställe. Das Vorhandensein privater kleiner Stallungen ist ein gutes Mittel gegen die Kollektivisierung — das ist eine der Lehren, die sie aus der Vergangenheit gezogen haben. Sie sind sehr mißtrauisch geworden, die Bauern. So kommt es auch, daß sie, obwohl sie so für Gomulka sind, nicht in seine Partei gehen. Es ist ein offenes Geheimnis in Polen, daß es auf dem Land überhaupt keine Kommunisten gibt. Die Partei, die auch nach der Parteisäuberung noch über eine Million Mitglieder hat, besitzt kaum Parteigruppen in den Dörfern.

Statt ihrer gibt es dort die Vereinigte Bauernpartei, die in der Stalin-ära gleichgeschaltet wurde und nun wieder versucht, den Eindruck einer unabhängigen Organisation zu erwecken. Diese politische Unabhängigkeit ist allerdings sehr beschränkt, und wo sie wirklich zu Tage tritt, sofort heiß umstritten. Nur wo sich die Bauernpartei wirklich für Dinge einsetzt, die den Bauern nützlich erscheinen, und die zumeist den Absichten der Kommunisten widersprechen, hat sie Aussicht Anklang bei ihnen zu finden. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist die Forderung nach Landübergabe und Landverpachtung durch die Staatsgüter. Es ist sicher ein Erfolg der Bauernpartei, wenn sich die Regierung zum Landverkauf entschloß — aber es ist ein Zeichen der Schwäche dieser Partei, daß sie der Forderung der Bauern nach konsequenterem Vorgehen gegen die Staatsgüter nicht mehr Nachdruck verleiht.

Die Staatsgüter sind seit ihrem Bestehen ein ständiges Sorgenkind der Partei und Regierung. Als Bastionen des Kommunismus gedacht, sind sie immer nur Zuschußbetriebe geblieben und auch die Reformen, die unter Gomulka in Bezug auf sie vorgenommen wurden, haben ihre Produktivität nicht wesentlich erhöht. Immer noch wird ihr Plan in Kategorien wie „Verringerung des Defizits“ abgefaßt und die Beschwörung „auch sie müßten endlich für sich selbst aufkommen“, die Gomulka vor kurzem erst wieder ausstieß, wird nicht viel nutzen. Die Regierung kann sich aber nicht dazu entschließen, auf die Staatsgüter zu verzichten, die — wenn es wirklich gelingen würde, ihre Produktion gewinnbringend zu gestalten — eine wichtige Stütze des Staates auf dem Lande sein würden. Und so werden immer neue Maßnahmen und Reformen zur Aktivisierung ihrer Tätigkeit erdacht, immer andere Mittel um die Fluktuation der in den Staatsgütern beschäftigten Landarbeitern zu stoppen. In letzter Zeit sollen Arbeiterräte und Arbeiterselbstverwaltungen das Rettungsmittel sein. Aber auch das wird sicher ebensowenig

wie die Massenansiedlung von polnischen Heimkehrern aus der Sowjetunion in den „PGR's“ — den Panstwowe Gospodarstwa Rolne (Staatlichen Landwirtschaftsgütern) von großem und baldigem Erfolg sein.

Nach der Selbstauflösung des größten Teils der Kolchose gleich nach Gomulkas Machtantritt, hat die Regierung, um die Produktionsgenossenschaften für die Bauern attraktiver zu machen, eine Veränderung ihrer Statuten beschlossen. Sie sind jetzt freier — die vier „sozialistischen Etappen“, die sie pflichtgemäß durchlaufen mußten, wurden abgeschafft und die Mitglieder der Kolchose können auch eigenen Besitz nebenher haben, über den die Genossenschaft nicht verfügen kann.

Die Maschinen-Ausleihstationen sind durch den Massenverkauf von landwirtschaftlichen Maschinen an die Privatbauern stark zusammengeschmolzen und haben nur noch geringen Einfluß. Während aber einerseits Bestrebungen im Gang sind, die Bauern wieder von ihnen abhängig zu machen, befürwortet die Regierung offensichtlich mehr die Bildung von privaten Bauernvereinigungen, die zusammen landwirtschaftliches Gerät anschaffen. Für solche Gruppen ist der Staat bereit, vorzugsweise Maschinen abzustellen.

Eine Organisation, die besonders Anfang des Jahres noch hart umkämpft war, sind die sogenannten Bauernzirkel. Es ist eine Bauernorganisation, die in Polen bereits vor dem Weltkrieg verbreitet war und eine Art bäuerlicher Interessengemeinschaft darstellte. Man könnte diese polnischen Bauernzirkel vielleicht am ehesten mit einer Gewerkschaft vergleichen, und ihre Aufgaben waren in erster Linie wirtschaftlicher Art. Absatzfragen, Organisierung des Verkaufs und Einkaufs gehörten zu den Dingen, die den Bauernzirkeln früher oblagen. Nach dem Sieg Gomulkas und der Auflösung der Produktionsgenossenschaften, hat die Partei die Bildung der Bauernzirkel breit propagiert und es ist anzunehmen, daß sie es nicht ausschließlich aus ökonomischen, sondern auch aus politischen Gründen getan hat. Die Zirkel sollten ein Gegengewicht gegen die wohlhabenden Bauern bilden, die nun wieder zur einflußreichsten Macht im Dorf wurden.

Da diese wohlhabendere Schicht der Bauernschaft aber die einflußreichste war, so wurde sie es auch innerhalb der Zirkel, von denen bisher etwa 15 000 in Polen entstanden sind und in denen sich etwa knapp eine halbe Million Bauern zusammenfand. Die wohlhabenden Bauern geben in ihnen den Ton an und die Zahl der kleinen und armen Bauern in den Zirkeln ist verhältnismäßig gering.

Während die wirtschaftliche Lage des Dorfes in Polen ausgesprochen besser geworden ist und die Agrarpolitik Gomulkas von diesem Gesichtspunkt aus auch von den hartgesottensten Stalinisten nicht mehr angegriffen werden kann — ist die politische Einstellung des Bauern keineswegs kommunistenfreundlich geworden. Sie war es nie und kann es, so wie die Dinge liegen, schwerlich überhaupt werden. Aber das wollen jene sturen Parteifanatiker nicht wahr haben, die meinen, man müsse die Bauern zum Kommunismus zwingen.

Wie wichtig die Erfolge in der Landwirtschaft sind, kann man daran ersehen, daß sie die Grundlage für die Verbesserung der gesamten Wirtschaftslage in Polen bilden. Ohne sie wären auch diese noch lange nicht befriedigende Verbesserung auch nicht möglich gewesen.

Industrie und Handel

Zu den wichtigsten Erfolgen des polnischen Wirtschaftslebens gehört, daß es gelungen ist, die Gefahr der Inflation, die das Land im letzten Jahr bedrohte, abzuwenden. Die Produktion und die Arbeitsproduktivität bleibt nicht mehr hinter dem Wachstum der Einnahmen der Bevölkerung zurück, die vorhandene Warenmenge ist größer geworden und der Wert des Zloty ist durch sie gedeckt. Wie Gomulka in seinem Referat vor dem 12. Plenum sagte, wird der Anstieg der für den Markt bestimmten Warenmenge in diesem Jahr größer sein, als im Plan vorgesehen und der zusätzliche Wert der Konsumtionsgüter wird in der Industrie elf bis zwölf Milliarden Zloty betragen. Das hat zu einer relativen Sättigung des Marktes in Bezug auf eine Reihe von Artikeln des Konsums, der Gebrauchsgüterindustrie und der landwirtschaftlichen Produktion geführt und die Möglichkeiten der Spekulationen, die in Polen immer noch wie in allen Ländern, in denen Warenmangel herrscht,

sehr groß ist, etwas beschränkt. Die Produzenten und der Handel werden gezwungen, mehr auf das Assortiment und die Qualität der Waren zu achten.

Dabei kommt es manchmal zu einer sonderbaren Preispolitik der verstaatlichten Industrie, die es entgegen den Anweisungen aus dem Zentrum versucht, höhere Preise für ihre Produkte bei den Abnehmern zu erzielen. Da die Preise festgesetzt sind, tut sie das nicht direkt sondern auf ausgesprochen „kapitalistische“ Weise — in dem sie gewisse billige Assortiments aus dem Verkauf zieht und andere, leicht verbesserte und erheblich teurere auf den Markt wirft. Die Partei- und Staatsführung prangern zwar solche Manipulationen an, können sich aber heute schon oft nicht gegen die entsprechenden Instanzen in der Wirtschaft durchsetzen. Auch andere Übergriffe in der Preispolitik besonders in den ländlichen Bezirken kommen ständig vor. So bemühen sich die Bezirks-

funktionäre ihre Pläne auf Kosten der Bauern zu erfüllen, denen sie höhere Preise für Industriewaren abverlangen, als gesetzlich erlaubt ist. Die Entwicklung ist immer noch etwas chaotisch und die größte Schwäche des Systems: der Einsatz fachlich nicht kompetenter, halbgebildeter oder ganz ungebildeter Funktionäre an Stelle von Fachleuten ist noch lange nicht überwunden.

Unter den Wirtschaftsleitern, Fabrikdirektoren, Partei- und Staatsfunktionären ist es die Inkompetenz die eine schnellere Überwindung der Krise verzögert. Unter den Arbeitern die Arbeitsunlust, die Trunksucht und Disziplinlosigkeit. Nicht nur Gomulka und seine Freunde auch Kardinal Wyszynski und die Kirche sind sich darüber klar und versuchen durch Ermahnungen eine Änderung zu erringen. Aber es ist nicht leicht dieses Übel Herr zu werden, die durch jahrelanges fehlerhaftes protegieren von Menschen verursacht worden ist, die nur vom politischen Standpunkt nicht aber vom fachlichen her geeignet waren, die entsprechende Arbeit auszuführen. Es ist umso schwerer, wenn man bedenkt, daß sich Menschen, nicht gern ihrer Privilegien berauben lassen, daß sie sich an die Stellungen klammern und wenn sie aus einer entfernt wurden in eine andere, ebenso vorteilhafte hineinzurutschen bemüht sind. Der stille verbissene Kampf gegen die Neuerungen Gomulkas ist insofern weniger ein politischer Kampf als ein Kampf um den Futtertrog. Tausende von Apparateleuten, die Gomulka herausreinigen ließ, deren „Planstellen“ abgeschafft oder zusammengelegt wurden, intrigieren, sabotieren, bestechen nicht um irgend welcher abweichender politischer Konzeptionen willen, sondern um ihre günstige soziale Stellung zu behalten.

Es ist nicht zum geringen Teil auch diese Schicht der Bürokraten, die die große Reform des polnischen „Wirtschaftsmodells“ hintertreibt. Das neue Wirtschaftsmodell sollte wie es nach dem Oktober 1956 hieß, recht bald ausgearbeitet werden und für den „polnischen Weg zum Sozialismus“ charakteristisch sein. Ein besonderer Wirtschaftsrat wurde damals vom Sejm gewählt, der sich mit den Einzelheiten dieses Modells zu beschäftigen hatte. Dem Wirtschaftsrat gehörten die größten polnischen Experten für Wirtschaftsfragen wie Prof. Oskar Lange und Prof. Borowski an und bereits im Sommer vorigen Jahres legte der Rat ein umfangreiches Programm für die „Modellveränderungen“ vor.

Die wichtigsten Reformen, die der Ökonomische Rat vorschlug, waren eine umfangreiche Preis- und Lohnreform und eine solche Umgestaltung der Produktionsleitung, daß die einzelnen Betriebe weitgehend vom Zentrum unabhängig würden und über ihre Produktion selbständiger als bisher bestimmen konnten. Um diese Selbstständigkeit der Betriebe im Rahmen der verstaatlichten und immer noch von einem gemeinsamen Plan dirigierte Volkswirtschaft verwirklichen zu können, sollten die bisherigen zentralen Verwaltungen aufgelöst und sogenannte Branchenvereinigungen geschaffen werden, die eine losere Zusammenfassung der Betriebe einzelner Industriebranchen bilden.

Mit dieser Umstellung auf Branchenvereinigungen wurde im Juli dieses Jahres begonnen. Ob sie sich bewähren werden und ob vor allem die Tendenzen zur zentralen Planung, zum Diktat der Funktionäre „oben“ wenigstens teilweise überwunden werden können und tatsächlich Fachleute zum Zuge kommen, ist noch abzuwarten. Es wird umso langsamer Erfolge zeitigen, da die vom Wirtschaftsrat vorgeschlagene Preis- und Lohnreform, die die Preise der Rohstoffe und Produkte endlich auf reale Grundlagen stellen sollte vom Zentralkomitee vorläufig „vertagt“ worden ist.

Man kann dieser „Vertagung“ nicht eine gewisse Berechtigung absprechen, wenn man die großen Komplikationen in Betracht zieht, die gerade im jetzigen Augenblick eine Lohnreform, d. h. praktisch eine völlige Umstellung im Lohnsystem mit sich bringen würde. Die Arbeitsunlust der polnischen Arbeiter ist ja zum Teil dadurch bedingt, daß die Löhne im Vergleich zu den gehegten Erwartungen, ja im Vergleich zu den Lohnerhöhungen im vorvorigen Jahr nicht allzusehr gestiegen sind. Auch die Forderung zur „Einhaltung des Lohnfonds“, die die Parteiführung mehrfach an die Betriebsführungen stellte, d. h. die Forderung die für die Lohnauszahlung bestimmten Summen nicht zu übersteigen, hat vielen Arbeitern Extraverdienste unmöglich gemacht. Andererseits ist eine Lohnerhöhung erst dann möglich, wenn die Warenmenge im Land groß genug ist, was erst eintreten kann, wenn die Produktivität der Arbeit sich steigert . . . diesem Kreislauf kann auch die sogenannte sozialistische Produktion nicht entgehen und wie die Praxis zeigt, ist er dort sogar mit mehr Entbehrungen der Arbeiter verbunden.

Unter den jetzigen Umständen fürchtet sich daher die polnische Regierung eine Situation zu schaffen in der, wenn auch vorübergehend, die Entbehrungen der Arbeiterschaft wieder größer würden.

Statt dessen versucht sie mit Teilmaßnahmen die Lage zu verbessern. Gegen Ende des Jahres werden die Textil- und Kommunalarbeiter in Polen eine Lohnzulage erhalten, die Lehrer erhielten sie bereits und die Erhöhung der Renten, die am 1. Juli dieses Jahres durchgeführt wurde, ist sehr erheblich. (Während 1955 insgesamt 3 Milliarden 70 Millionen Zloty jährlich für Renten ausgegeben wurde, wird der Staat in diesem Jahr 7 Milliarden 800 Millionen zahlen.)

Auch die Vergrößerung des sogenannten Betriebsfonds, die durch die Aktivität der Arbeiterräte erzielt wurde und in einigen Fabriken dazu führte, daß die Arbeiter ein dreizehntes Monatseinkommen erhalten, zählt Gomulka, der keinesfalls zufrieden mit den erreichten Resultaten ist, zu den Pluspunkten seiner Politik.

Die kritische Einstellung zu den eigenen Erfolgen und die seit dem Oktober in Polen praktizierte unretuschierte Berichterstattung über die Erfolge und Mißerfolge in der Wirtschaft ist sicher auch ein Pluspunkt. Mit aller Offenheit werden Mängel zugegeben, ebenso wie es Bergwerkunglücke gibt (bei denen man nicht wie früher „Schädlinge“ sucht) wie Zugzusammenstöße und Flugzeugabstürze registriert werden, heißt es auch in Presse und Rundfunk immer ganz eindeutig: der Betrieb so und so hat so und so viel produziert, daß ist umso viel weniger als geplant, die Grube hat so und soviel Kohle gefördert, daß ist um so und soviel weniger als geplant usw. Auch daß es immer noch nicht gelang, die Soldatenarbeit in den Gruben abzuschaffen und bisher nur die Sonntagsarbeit und die Arbeit der Gefangenen im Bergbau aufgehört hat, wird nicht verheimlicht. Es ist jedoch ein weiter Schritt von der Feststellung eines Mangels bis zu seiner Beseitigung. Selbst dann wenn der gute Wille dazu vorhanden ist.

Schlußbemerkungen

Das wären die wichtigsten Dinge, die sich, meiner Meinung nach, zur gegenwärtigen Lage in Polen sagen lassen. Sie zeigen, wie eingang schon gesagt, ein widerspruchsvolles Bild, in dem sich Positives eng mit Negativem berührt. „Die Hoffnungen der Gegner des Sozialismus gingen nicht in Erfüllung“ — hat Gomulka kürzlich pathetisch ausgerufen — „Polen ist nicht aus dem sozialistischen Lager ausgebrochen, es ist nicht zum Kapitalismus zurückgekehrt!“ Nun, es waren nicht unbedingt „Gegner des Sozialismus“ oder „westdeutsche Imperialisten“, die die Hoffnung hegten, Polen würde sich von dem „sozialistischen Lager“ — das heißt von Moskau, unabhängiger machen können. Es hätte auch nicht unbedingt eine Rückkehr zu Verhältnissen bedeuten müssen, wie sie in Polen vor dem Krieg geherrscht haben. Eine solche Rückkehr ist weder möglich noch für irgend jemand — außer einem kleinen Grüppchen innerhalb der großen polnischen Emigration — wünschenswert. Aber diese Hoffnung hatte von Anfang an recht wenig Aussicht in Erfüllung zu gehen und so muß sich Gomulka, ob ihm das immer genehm ist, oder nicht, damit abfinden, daß er trotz allem von vielen im Westen als kleineres Übel oder als beste Chance aufgefaßt wird. Als beste Chance für das polnische Volk, das seinen Willen zur nationalen Unabhängigkeit und innerpolitischen Freiheit laut und deutlich bekundet hat.

Eine Garantie dafür, daß diese Freiheit und Unabhängigkeit wenigstens in gewisser Weise in Polen erhalten bleibt, ist allerdings nicht allein der Parteichef. Es ist das Volk selbst, das mit seiner Haltung eine Garantie dafür gibt, die unnachgiebigen Intellektuellen und vor allem die Jugend.

Diese Jugend, skeptisch einerseits auf reale Kenntnisse, fachliches Wissen und Forschungsfreiheit bedacht, andererseits, ist die sicherste Gewähr für eine positive Entwicklung in Polen. Sie bildet das Material, aus dem in Polen bald bessere Wirtschaftsleiter, bessere Fabrikdirektoren, bessere Facharbeiter aber auch bessere Politiker erwachsen werden, als sie das Land bisher hatte.

Vorausgesetzt natürlich, daß nicht wieder eine neue Sturmflut kriegerischer Invasionen, wie so oft in der Geschichte des Landes, diese hoffnungsvolle Jugend, die nicht nur für Polen allein Werte schaffen könnte, dahinrafft.

PETER NASARSKI

Jugend zwischen Ost und West

1. Kurzer Rückblick auf die Vorkriegssituation

„Es gibt keine begeisterungsfähigere, keine patriotischere und keine zu größeren Opfern bereite Jugend als die polnische. Sicher ist das kein besonderes Verdienst, denn die Geschichte — die Geschichte Europas und die Geschichte Polens während der letzten beiden Jahrhunderte hat zu dieser Einstellung geführt. Aber es ist nun einmal so, und die nicht-polnischen Freunde aus unserer engeren Nachbarschaft werden es bestätigen . . .“ — Diese Worte sprach ein Angehöriger des Hauptquartiers der Polnischen Pfadfinderschaft, Zbigniew Zarzycki, am Lager-

Pfadfinder-Delegationen aus aller Herren Länder um den von ihren polnischen Gastgebern errichteten flammenden Holzstoß —, sie hatten keinen Grund, die Worte des Scout-Führers Zarzycki in Zweifel zu ziehen. Wenn sie ihrerseits Begriffe wie Begeisterungsfähigkeit, Patriotismus und Opferbereitschaft auch für die Gesamtheit der ukrainischen und der deutschen Jugendbewegung in Polen in Anspruch nahmen, so wußten sie doch oder ahnten es zumindest, was in dem — für ein Pfadfinder-Lagerfeuer an sich schon ungewöhnlichen — Bekenntnis des polnischen Sprechers alles mitschwang. Dieses Bekenntnis war in vollem Umfange nur zu ermessen aus der Kenntnis der Geschichte des Landes und aus der Problematik seiner geographischen, politischen und menschlichen Gegebenheiten.

INHALT:

1. Kurzer Rückblick auf die Vorkriegssituation
2. Der Zweite Weltkrieg und der Warschauer Aufstand
3. Die Nachkriegsentwicklung bis 1956
4. Vom Posener Aufstand bis zum „Polnischen Oktober“
5. Die Auflösung der ZMP-Staatsjugend
6. Die nichtkommunistischen Jugendverbände
7. Die Einstellung zu den Oder-Neiße-Provinzen
8. Kontaktsuche im Westen
9. Die Haltung der Studentenschaft
10. Das Verhältnis zur Emigration
11. Wie sieht man in Polen die westdeutsche Jugend?
12. Das Fühlen der jungen Generation in dichterischer Aussage.

In dem 1949 erschienenen Buche eines nach England emigrierten polnischen Politikers, das der polnischen Jugend gewidmet ist, „die in fremden Uniformen auf den Schlachtfeldern zweier Kriege für Polens Freiheit fiel“, wird festgestellt, daß das Denken und Handeln der Besten dieser Jugend „stets unter dem Vorzeichen einer tragischen Verstrickung zwischen zwei einander entgegengesetzten Welten und unter der Vorahnung kommenden Unheils gestanden“ habe. Das Unvermögen, sich aus dieser Verstrickung zu lösen, sei bestimmend gewesen für viele Maßnahmen und Vorgänge, die „anders gar nicht verstanden werden können“. Wir müssen es uns versagen, hier den exilpolnischen Argumentationen im einzelnen zu folgen, fest steht jedenfalls: daß es die Polen tatsächlich auch in Zeiten einer relativen Freiheit und äußeren Machtentfaltung (z. B. in den zwanziger und dreißiger Jahren) niemals vermocht haben, ihr Tun und Handeln von dem — sei es berechtigten, sei es unberechtigten — Gefühl einer Bedrohung von zwei Seiten zu lösen. Die von ihnen als schicksalhaft empfundene Rolle eines „Prellbocks zwischen Ost und West“, das Hin- und Hergerissensein zwischen dem Bewußtsein einer zeitweisen politischen Vereinsamung ohnegleichen und der tief im polnischen Nationalcharakter verankerten Wundergläubigkeit und Überschätzung der eigenen Kraft — all das bestimmte und bestimmt noch heute entscheidend auch das Empfinden und den Weg der jungen polnischen Generation und ihrer Organisationen.

feuer eines internationalen Jamborés, das im Juli 1935 in Spala, der Sommerresidenz des polnischen Staatspräsidenten, durchgeführt worden war¹⁾. Die angesprochenen Freunde aus Kreisen der ukrainischen und der deutschen Minderheit in Polen — sie saßen übrigens in nur geringer Zahl und zum letztenmal vor dem zweiten Weltkrieg gemeinsam mit

2. Der Zweite Weltkrieg und der Warschauer Aufstand

Wenn es eines Beweises für die Gültigkeit jenes Spalaer Wortes von der unüberbietbaren Opferbereitschaft und dem Patriotismus der polnischen Jugend bedurfte, so hat ihn in eindringlicher Weise die Zeit des zweiten Weltkrieges erbracht. Allerdings offenbarten die Jahre von 1939 bis 1945 auch eine Vielzahl von Trugschlüssen, Fehlentscheidungen und Fällen überheblicher Selbsteinschätzung. Es ist in den Nachkriegsjahren oft die Frage gestellt worden, wie es zu dem Warschauer Aufstand im Herbst 1944 kommen konnte — jenem Musterexemplar vernunftwidriger Widerstand-Aktionen und sinnlosen Aufopferns hunderttausender von Menschen. Adam Borkiewicz, der in Polen lebende Autor einer der gründlichsten und umfassendsten Darstellungen dieses Aufstandes läßt keinen Zweifel daran, daß es nicht etwa die von Moskau vielpropagierte „Ruhmessucht und Machtbesessenheit einer kleinen nationalen Offiziers-

Clique“ war, die angesichts des nahenden Zusammenbruchs der deutschen Fronten diese Aktion auslöste und damit die Katastrophe der polnischen Hauptstadt herbeiführte, sondern „die hemmungslose, spontane Einsatzbereitschaft weiter Bevölkerungskreise, darunter vor allem die Jugend, die einmal mehr in der Geschichte Polen: alle Vorstellungen von der eigenen Position und der Position der Gegner über Bord geworfen hatten“²⁾.

So verbluteten kurz vor Kriegsende beste, junge Kräfte der Nation, wie sie heute an allen Ecken und Enden fehlen; und der Warschauer Aufstand in all seinen schrecklichen Begleiterscheinungen bietet ehrlichen polnischen Publizisten nur gerade noch die Möglichkeit, den Krieg in seinen schwärzesten, trostlosesten Phasen darzustellen³⁾.

2) Adam Borkiewicz: „Powstanie Warszawskie“, Pax-Verlag, Warschau 1957

3) s. eine der jüngsten polnischen Film-Produktionen „Der Kanal“

1) „CZUWAJ“/Zeitschrift der Polnischen Pfadfinderschaft, Lodz 9/1935

3. Die Nachkriegsentwicklung bis 1956

Es ist ein sehr schwacher Trost, dem polnische Emigranten-Blätter in der ersten Nachkriegszeit Ausdruck gaben, wenn sie feststellten, daß „wertvollste und schöpferische Kräfte des polnischen Volkes, darunter auch viele Angehörige der ehem. Anders-Armee wenigstens im westlichen Exil befriedigende Betätigungsmöglichkeiten gefunden“ hätten⁴⁾. Die gleichen Blätter verhehlten jedoch nicht, daß die Elite der polnischen Jugend, soweit sie den Kriegereignissen entgangen und im Vaterland geblieben sei, angesichts der politischen Neugestaltung „Volks-polens“ einen schweren und dornigen Weg vor sich habe. Diese letztere Voraussage hat sich inzwischen für alle sichtbar erfüllt. Ebenso steht aber auch fest, daß das Tempo, in dem die Gleichschaltung und Uniformierung der Jugend zwischen Oder und Bug nach sowjetischem Vorbild einsetzte, in nicht geringem Maße auf das Fehlen intellektueller, nationaler Führungskräfte zurückzuführen war.

Als die zunächst in Lublin zusammengerufenen Mitglieder der neuen polnischen Regierung — darunter hauptsächlich Ost-Emigranten mit Boleslaw Bierut an der Spitze — später in Warschau die Richtlinien für die Erziehung und die Organisationsformen der polnischen Jugend absteckten, erwies es sich bald, daß von einem Anknüpfen an traditionelle, freiheitliche Schulungs- und Erziehungsformen für die junge Generation nicht mehr die Rede sein sollte und konnte. Und noch bevor die letzten Demokraten aus der Warschauer Regierung austraten und entweder nach dem Westen emigrierten oder in der Versenkung verschwanden, standen die sowjetischen Erziehungstheorien und der Einheitsverband nach dem Muster der „Komsomol“-Jugend als unverrückbare Ideale der kommunistischen Staatsführung fest.

In der Struktur des kommunistischen Herrschafts-Systems kommt logischerweise der Ausrichtung und Schulung der Jugend eine besondere Bedeutung zu. Zunächst gilt es, die heranwachsende Generation überhaupt für die Ziele des Regimes zu gewinnen, sodann muß sie natürlich

die Staats- und Parteifunktionäre von morgen stellen. Dies erst recht in einem Lande, dessen Abneigung und Mißtrauen gegenüber dem östlichen Nachbarn geradezu von Generation zu Generation vererbt ist und dessen bürgerliche Kreise aus ihrer politischen Einstellung und ihrem Bekenntnis zum Westen gar kein Hehl machen.

Die Gründung des polnischen ZMP-Staatsjugend-Verbandes war also von vornherein nur eine Frage der Zeit⁵⁾. Sie erfolgte im Zuge der bereits weit vorgeschrittenen Entmachtung der damals noch existierenden nicht-kommunistischen Parteien im Jahre 1948. Und zwar machte man sich die Sache dadurch einfach, daß man die vier bestehenden polnischen Jugend-Organisationen unter kommunistischer Führung zu einem Einheitsverband zusammenfaßte. Der anfangs noch zur Schau gestellte „überparteiliche“ Anstrich verschwand sehr rasch; und das konnte auch nicht gut anders sein — war doch der ZMP dazu ersehen, zum „aktiven Arm“ der polnischen KP, die inzwischen den Namen „Vereinigte Polnische Arbeiterpartei“ (PZPR) erhalten hatte, zu ihrem Führungs-Reservoir und ihrem ersten Ausbildungs-Instrument zu werden⁶⁾. Eine Parallel-Erscheinung erlebten wir in der deutschen Sowjetzone bei der Gründung der FDJ.

Unter Hinzuziehung sowjetischer Berater ebenso wie einer großen Zahl von Instruktoren aus den Reihen der KP entstand schon innerhalb weniger Jahre „die größte polnische Jugend-Organisation aller Zeiten“ mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern auf dem Papier. Und angelehnt an die Tätigkeit der „Arbeiterpartei“ entsprach der ZMP auch in seinem äußeren Auftreten bald völlig dem Bilde der sowjetischen Staatsjugend. Seine rein politische Zweckbestimmung prägte sich in der gesamten — sehr schematischen — Arbeit aus, wobei auf die Durchführung und Ausgestaltung von Kundgebungen und Demonstrationen aller Art in der Öffentlichkeit größter Wert gelegt wurde.

4. Vom Posener Aufstand bis zum „Polnischen Oktober“

Ungeachtet seiner äußeren Machtentfaltung, die bis in die Klassenzimmer, die Betriebe und Ferienheime reichte, konnte der polnische Staatsjugendverband jedoch nicht verhindern, daß sich hinter den farbenprächtigen Fassaden und geräuschvollen Aufmärschen in zunehmendem Maße Unruhe verbreitete. Nach der Zertrümmerung des Stalin-Mythos und der Auflockerung des ideologischen Parteigefüges griff diese Unruhe immer spürbarer auf weite Mitläufer-Kreise und endlich sogar auf die kleine Kerngruppe überzeugter junger Kommunisten über, die bis dahin ohne die Notwendigkeit selbständigen Denkens im Nachkriegspolen groß geworden waren und die sich plötzlich zum Umlernen, zum Nachdenken gezwungen sahen.

Zum Schrittmacher einer sich schon im Sommer 1955 abzeichnenden revolutionären Entwicklung wurde vor allem die Warschauer Studentenzeitschrift „Po prostu“⁷⁾. Unter der Chefredaktion des 28jährigen Soziologen Lasota kamen in ihr seit diesem Zeitpunkt immer häufiger lebendige und kritische Analysen der polnischen Realitäten zum Ausdruck. Trotz einer relativ hohen Auflage von 150 000 Exemplaren war „Po prostu“ stets im Handumdrehen vergriffen; kein anderes Blatt konnte sich rühmen, so oft in der Tagespresse und von Radio Warschau zitiert zu werden.

Im gleichen Maße jedoch, in dem die Beliebtheit von „Po prostu“ bei weiten Kreisen der Bevölkerung und innerhalb der studierenden Jugend zunahm, verstärkte sich das Mißtrauen leitender Parteikreise gegenüber den liberalen Tendenzen des Blattes. Mehrfach wurde die Redaktion ermahnt, „konstruktivere Kritik“ zu üben; ohne Erfolg. Typisch für die klarsichtige Haltung der Zeitschrift zu Fragen der „sozialistischen Gesellschaft ist ein am 11. Dezember 1955 von „Po prostu“ veröffentlichter Aufsatz, der KP-Beschwerden zur „überhandnehmenden Gleichgültigkeit und Heuchelei der Jugend“ zum Thema hatte. Es hieß darin unter anderem:

„Gewiß hat sich die Jugend angewöhnt, schematischen Fragen mit schematisch richtigen Antworten zu begegnen, schon um zu beweisen, daß sie die Spielregeln kennt . . . Wenn Erwachsene schroff Erklärungen fordern, darf man sich nicht wundern, daß die Jugend leicht ungeduldig wird. Auf verfängliche und spitzfindige Fragen aber wird sie lakonische Antworten finden, die bei aller Korrektheit wahrscheinlich der eigentlichen Fragestellung ausweichen. Man soll sich darüber nicht wundern . . . Die Jugend hat gelernt, wie man Menschen gegenüber Dritten anschwärzt . . . Unser mangelhaftes Erziehungssystem hatte eine tiefgreifende moralische Erschütterung zur zwangsläufigen Folge. Es ist hauptsächlich daran, wenn innerhalb der jungen Generation neue, instinktive und bewußte Formen des Widerstandes erwachsen, die alle möglichen Schattierungen zwischen Passivität und Halbstarkeit aufweisen. Als das alte moralische System zusammenbrach, verlor auch die ältere Generation ihre moralische und intellektuelle Autorität . . .“

Die parteiamtlichen Entgegnungen auf solche und ähnliche Stellungnahmen druckte „Po prostu“ zwar im Wortlaut ab, nicht ohne jedoch auf der anderen Seite die Diskussionen rund um alle möglichen Mißstände fortzuführen. „Po prostu“ scheute sich auch nicht, den Forderungen nach weitgehenden Reformen innerhalb des ZMP-Verbandes und erstmalig auch im Frühjahr 1956 dem Verlangen nach einer neuen Jugendorganisation Raum zu geben:

„Die Auswirkungen der ZMP-Tätigkeit . . . fördern die Intelligenz und das gegenwärtige Unterrichtsprogramm nicht etwa, sondern sie hemmen nur und isolieren die Jugend vom praktischen Leben . . . Der ZMP ist eine lose zusammengewürfelte Gesellschaft, die Menschen der Form nach, nicht jedoch ideologisch bindet. Sehr viele gehören dem ZMP

5) „Związek Młodzieży Polskiej“ (ZMP) Verband der Polnischen Jugend

6) Bis zur sätzungsmäßigen Umwandlung des ZMP in eine KP-Gliederung dauerte es allerdings noch 5 Jahre. Der entsprechende Absatz des Partei-Statuts besagte: „Die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei überwacht die Tätigkeit der ZMP. Aus der politischen Linie der Partei ergeben sich die Richtlinien für alle Tätigkeitsgebiete des ZMP . . . Die Parteigliederungen sind verpflichtet, bei der Entwicklung einer weitreichenden Initiativ-Freudigkeit des ZMP mitzuwirken.“

4) „Narodowiec“, London

7) Die Zeitschrift „Po prostu“ („Geradeheraus“) erschien seit 1948 als „Stimme der Studenten und der jungen Intelligenz“ (Untertitel)

nur aus einem einzigen Grunde an: sie rechnen auf gute Stellungen und andere persönliche Vorteile . . . Auf diese Weise aber verdirbt der ZMP die Charaktere und macht aus den Studenten Konjunkturritter und Speichellecker. Zur Zeit befindet sich der ZMP in völligem Stillstand. Die Möglichkeiten, die sich zur Überwindung des toten Punktes anbieten, werden bereits vielfach erörtert, so z. B. die Bildung eines Nationalverbandes der jungen Intelligenzler, d. h. einer neuen revolutionären Organisation, die nicht nur Studenten umfassen soll, sondern auch Akademiker, die der Universität bereits den Rücken gekehrt haben. Unserer Meinung nach wäre es am sinnvollsten und praktischsten, die jeder Schule angegliederte ZMP-Organisation in einen autonomen Studentenverband umzugestalten . . .“

Doch noch war der Zeitpunkt für die Verwirklichung einer solchen Anregung nicht gekommen; noch widersetzte sich das Regime entschieden jeder Lockerung der Monopolstellung des Staatsverbandes, und die Journalisten Felicja Rapaport, die einst selbst dem Zentralaussschuß des ZMP angehörte, warnte in der „Trybuna ludu“ wiederholt vor dem „ständigen Schwanken der Jugend zwischen unvernünftigen, extremen Anschauungen“. Die Bestrebungen zur Bildung verschiedenartiger neuer Jugendorganisationen wurden als „reiner Unfug“ bezeichnet. Und noch im Mai umriß Parteisekretär Szydlak auf einer Plenarsitzung der Warschauer Parteiorganisation den kommunistischen Standpunkt zur Jugendfrage dahingehend, daß sich „Volkspolen ein Eingehen auf die rückschrittlichen Sonderbestrebungen bestimmter kleiner Kreise gar nicht leisten“ könne⁸⁾.

5. Die Auflösung der ZMP-Staatsjugend

Schon wenige Wochen später aber zertrümmerte der Aufstand von Posen endgültig die große Einheits-Schaubude, die man mühsam genug vor der polnischen Jugend errichtet hatte. Die bitterste Selbstkritik erhob sich in den Reihen der führenden ZMP-Funktionäre, und auf der Sitzung des III. ZMP-Plenums faßte Helena Jaworska, Vorsitzende des Einheitsverbandes, die von verschiedenster Seite erhobenen Vorwürfe wie folgt zusammen:

„Gleich einer Nebelwand haben wir immer ein Schlagwort benutzt: ‚Die Jugend ist unser‘ . . . Jetzt wendet sich dieses Wort gegen uns, indem die vielen bedenklichen Erscheinungen offenbar werden, die sich innerhalb unserer Jugend zeigen. . . Wir sehen mit großer Sorge, wie weite Kreise der jungen Generation unter dem Einfluß einer fremden Ideologie verharren. Das Halbstarckentum und die Jugend-Kriminalität, die Nichtachtung der einfachsten Gesetze des gesellschaftlichen Lebens, Trunksucht und Unmoral breiten sich aus. . . Weiterhin beunruhigen uns die häufigen Anzeichen von Passivität. . . Auch die Neigung einzelner Kreise jugendlicher Intellektueller, sich vom Rest der Jugend abzusondern und beiseite zu stehen, . . . das Gift des Nationalismus, nicht zuletzt auch antisemitische und antisowjetische Gefühle machen sich breit. . .“⁹⁾.

Doch das Rad des politischen Geschehens rollte über diese beschwörende Anklage ebenso wie über alle daraus erhobenen Forderungen zum „verstärkten Einsatz“ und zur „Sammlung der aufrechten, aufbauwilligen Kräfte“ im Rahmen der ZMP-Organisation. Der hervorragende Anteil an der Posener Volkserhebung war niemandem verborgen geblieben. Die Oktober-Ereignisse und der Machtantritt Gomulkas taten ein übriges, den ZMP-Einheitsverband hinwegzufegen, als sei er niemals die allmächtige und autorisierte Staats-Organisation der polnischen Jugend gewesen. In seiner Ausgabe vom 10. Dezember 1956 blieb dem ZMP-Organ — „Sztandar Mlodych“ — nicht anderes übrig, als festzustellen, daß es eine Einheits-Organisation der polnischen Jugend faktisch nicht mehr gebe¹⁰⁾. Einen Monat später beschloß der ZMP-Zentral-Ausschuß seine Selbstauflösung. Den Mitgliedern wurde empfohlen, entweder dem Verband der Sozialistischen Jugend oder dem Verband der Landjugend beizutreten.

8) „Wir müssen die gefährlichen und schädlichen Vorschläge bekämpfen, wonach in Polen politisch orientierte Jugendverbände . . . ins Leben gerufen werden sollen. Mit dieser Zersplitterung der Jugend ist keinem gedient. Ein Vielparteiensystem in der Jugendbewegung kann zu nichts Gutem führen.“ (Zycie Warszawy, 5. 5. 1956)

9) Zitiert nach „Trybuna ludu“, Warschau v. 19. 8. 1956

10) „Der ZMP hat faktisch aufgehört zu existieren. Da die Organisation auf falschen Begriffen aufgebaut und in ihrer politischen Arbeit loyalistisch war, sah sie sich außerstande, die wirklichen Bedürfnisse der Jugendlichen zu befriedigen . . . Der ZMP besteht nicht mehr, weil ihm die Jugend den Rücken kehrte. Dies ist der beste Beweis für das Fehlen einer Daseinsberechtigung schlechthin . . .“

6. Die nichtkommunistischen Jugendverbände

Kennzeichnend für die Überreife dieses Prozesses war die Tatsache, daß sich bereits im Herbst 1956 in verschiedenen Teilen des Landes neue Jugendorganisationen konstituiert hatten: außer dem genannten Verband der Landjugend (ZMW) ein Revolutionärer Jugendverband (RZM), ein Arbeiter-Jugendverband (ZMR), ein Verband Junger Demokraten (ZMD) und die Polnische Pfadfinderschaft (ZHP).

Den Jungen Demokraten war allerdings keine lange Lebensdauer beschieden; ihre Organisation, die auf dem Programm der ursprünglich bürgerlich-liberalen Partei und jetzigen „Demokratischen Partei“ fußte, wurde nach kaum einjährigem Bestehen aufgelöst. Der Arbeiter-Jugendverband und der Revolutionäre Jugendverband schlossen sich im Januar 1957 zu einem Verband der Sozialistischen Jugend (ZMS) zusammen.

Während die letztere Organisation nolens volens — hauptsächlich im Verlaufe des Jahres 1958 — auf die nationalkommunistische Linie Gomulkas eingeschwenkt ist und trotz noch immer vorhandener interner Widerstände der „Vereinigten Arbeiterpartei“ nahesteht, haben die beiden anderen großen Jugend-Verbände, d. h. die Landjugend und die Pfadfinderschaft, eine betont eigene Zielrichtung. Das bedeutet zwar keine offizielle und zugegebene Gegnerschaft zur KP oder zum ZMS, jedoch sind beide Organisationen bestrebt, an die traditionelle Vorkriegs-Entwicklung anzuknüpfen, eigene Organisationsformen beizubehalten und ihre besonderen Ziele zu verfolgen. Der Landjugend-Verband tritt dementsprechend — ähnlich wie vor dem Kriege Wici-Bauernjugend — in erster Linie für kulturelle und agrartechnische Fortbildung sowie für die Pflege polnischer Volkstums-Traditionen ein¹¹⁾. Die Pfadfinderschaft ist bemüht, die bekannten Scouting-Gesetze — allerdings auf betont nationaler Grundlage — wieder zu beleben und den Kontakt zu den internationalen Pfadfinderverbänden aufrecht zu erhalten¹²⁾.

7. Die Einstellung zu den Oder-Neiße-Provinzen

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich allerdings auf einem Gebiete alle drei Organisationen mehr oder weniger einig sind: auf dem Gebiete der vielfältigen Bemühungen um eine kulturelle und wirtschaftliche „Durchdringung“ der Oder-Neiße-Provinzen und der möglichst lückenlosen, schnellen Zusammenführung der ehemaligen ostdeutschen Provinzen mit Zentralpolen zu einem einheitlichen Ganzen. Diesem Ziele dienen Fahrten, Schulungslager und Jugend-Tagungen in den polnisch verwalteten Wojewodschaften ebenso wie „missionarische Sonder-Aktionen“ größerer Gruppen, die hauptsächlich in abgelegenen Landstrichen durchgeführt werden¹³⁾. Hier stehen dann Ernte-Einsätze und sonstige praktische Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung auf dem Programm. Die „Erkundung der Landschaft“, Kundgebungen und sonstige Propaganda-Aktionen werden dabei nicht vernachlässigt.

Sehr stark eingespannt sind auch die nicht-kommunistischen polnischen Jugendverbände in die Vorbereitung zum sog. „Millenium“, d. h. zu den Tausendjahrfeiern des polnischen Staates¹⁴⁾.

Bezeichnend für die bewußt nationale Haltung sowohl der Landjugend-Organisation als auch der Pfadfinderschaft ist die Tatsache, daß man sich in ihren Führungskreisen — denen bewiesenermaßen weit mehr an Kontakten mit Jugendverbänden der freien Welt, als an gemeinsamen Aktionen mit Staatsjugend-Gruppen liegt — nicht scheut, in Fragen der Oder-Neiße-Gebiete eng mit der FDJ-Führung der deutschen Sowjetzone zusammenzuarbeiten. So wurden z. B. mehrfach mit Dele-

11) In einer Erklärung des ZMW heißt es: „Wir sind eine organisierte ideologische und politische Erziehungsgemeinschaft der Landjugend.“ Der Verband sieht seine Hauptaufgabe darin, „. . . die besten Bedingungen für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion insbesondere auf den bäuerlichen Einzelwirtschaften zu schaffen.“

12) Ungeachtet der Aktivität des Hauptquartiers der Polnischen Pfadfinderschaft steckt das Bemühen um Anknüpfung internationaler Kontakte vorerst noch in den Anfängen.

13) Die Polnische Pfadfinderschaft führte nach vorausgegangenen mehrwöchigen Schulungs-Kursen allein im Sommer 1958 Sonder-Einsätze in Südostpreußen, der sog. Wojewodschaft Allenstein durch, an denen mehr als 3000 Jugendliche teilnahmen.

14) Das Schwergewicht der Tausendjahrfeiern, die im Jahre 1961 ihren Höhepunkt erreichen sollen, liegt in der Herausstellung des Charakters der „nördlichen und westlichen Wojewodschaften als urslawischer Provinzen“.

gationen des Ostberliner FDJ-Zentralrats — auf dessen Betreiben hin noch im Dezember 1956 heftige Presse-Polemiken in SED-Blättern gegen die Vorgänge innerhalb der polnischen Jugend geführt worden waren¹⁵⁾ — gemeinsame Resolutionen zum Thema „Deutsch-polnische Friedensgrenze“ ausgearbeitet. In einer am 16. Juli 1957 in Warschau von Vertretern beider Seiten unterzeichneten gemeinsamen Erklärung heißt es in diesem Zusammenhang u. a.:

„Die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen ist eng verbunden durch ihre Entschlossenheit, die gemeinsame Friedensgrenze an der Oder und Neißer vor allen Anschlägen der westdeutschen Revanchisten zu schützen. . . Die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Jugend wird zweifellos zur besseren Verwirklichung der gemeinsamen Bestrebungen und Ziele beitragen.“¹⁶⁾

8. Kontaktsuche im Westen

Vorerst ist allerdings von einer Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zumindest zwischen den Jugendorganisationen Polens und der deutschen Sowjetzone noch wenig zu spüren. Und das kann bei Lage der Dinge auch nicht viel anders sein. Denn abgesehen von gemeinsamen Erklärungen zur Oder-Neiße-Grenze war in den letzten beiden Jahren auf polnischer Seite nicht mehr das geringste Bedürfnis zu verspüren, Kontakte zu einem Staatsjugend-Verband zu suchen, der zwar das Wort „Frei“ in seinem Schilde führt, dessen Anlehnung an das Vorbild der sowjetischen Komsomol- und Pionier-Organisation jedoch eine viel strengere ist, als man sie selbst während der Hochkonjunktur der stalinistischen Ära in „Volkspolen“ gekannt hat.

Dagegen wird besonders in Kreisen der Polnischen Pfadfinderschaft und der Studenten ein verstärktes Bemühen spürbar, an Diskussionen mit westlichen Gesprächspartnern anzuknüpfen, die nach dem „Polnischen Oktober“ in brieflicher und mündlicher Form lebhaft in Gang gekommen waren. Die seit Ende 1957 wieder verschärften polnischen Reise-Bestimmungen haben zwar die Durchführung zahlreicher, bereits ins Auge gefaßter Tagungen und Besuche verhindert, ungeachtet dessen kam eine Anzahl von Kontakten über die Grenzen hinweg in Gang, deren Initiatoren fast durchweg jenseits der Oder-Neiße beheimatet sind.

Nicht zuletzt findet diese Kontaktsuche ihren Ausdruck in mehreren Umfragen, die von der Jugendzeitung „Sztandar Modych“ sowohl 1957 als auch 1958 durchgeführt worden sind. „Für ein gutes Verhältnis und freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern“ sprachen sich 95 v. H. der befragten Jugendlichen — und zwar Schüler und Studenten ebenso wie Soldaten und Handwerker — aus. Auf die Frage „Was ist dein schönster Traum?“ antworteten 80 v. H., daß sie „endlich reisen, etwas von der Welt sehen und mit anderen Menschen sprechen“ möchten und ähnliches.

Doch auch in anderer Beziehung ergaben die Rundfragen aufschlußreiche Ergebnisse. 72 v. H. der Befragten drückten die Auffassung aus, sie würden, wenn es ihnen freistünde, ihre Lebenszeit noch einmal zu wählen, auf das Dasein in der Gegenwart gern verzichten. Diese ablehnende Einstellung zur Wirklichkeit verbindet sich — wie es in den Antworten heißt — mit „großen Enttäuschungen“ hauptsächlich ideologischer und politischer, dann erst menschlicher Art. Zu einer „Idee, an die man mit ganzer Überzeugungskraft glauben“ könne, bekannte sich nur jeder zweite Pole. Und von den Gläubigen wiederum war es nur jeder zehnte, der seinen Glauben mit Kommunismus und Sozialismus volksdemokratischer Prägung identifizierte. Dabei nahm die sozialistisch-kommunistische Überzeugung umso mehr ab, je jünger die Befragten waren. Mit 26 v. H. waren unter den Gläubigen jene in der Mehrheit, die sich zur Religion und zu religiösen Vorstellungen bekannten.

Auf die Frage, ob die Politik sie interessiere, fanden fast alle Befragten ein klares Ja; aber auf der anderen Seite wollen sie sich in übergroßer Mehrheit auf das „politische Beobachten“ beschränken und

nicht etwa aktiv in die Politik einschalten. Dementsprechend liegen auch die Interessen der polnischen Jugend — „Sztandar Modych“ zufolge — in recht weitem Abstand von allem, was nach Politik riecht. Unterhaltende Bücher, Sport, Kino, Jazz- und Tanzmusik sind — zumindest als Wunschbilder — ihre eigentlichen Steckenpferde.

9. Die Haltung der Studentenschaft

Über die Haltung der polnischen Studenten informiert uns eine nicht weniger aufschlußreiche Repräsentativ-Befragung, die in der Zeit zwischen Oktober 1957 und Juli 1958 seitens der Soziologischen Abteilung der Warschauer Universität durchgeführt wurde¹⁷⁾.

Die erste Frage betraf die religiöse Einstellung. Rund zwei Drittel der befragten Studenten aller Fakultäten gaben die Zugehörigkeit zu einer Konfession an; beinahe die Hälfte jedoch vertritt zwar religiöse Überzeugungen, hält sich aber gleichzeitig von kirchlichen Gemeinschaften fern und betrachtet Religion als „Privatsache“. Noch deutlicher wird der ausgesprochen individualistische Zug in den Antworten auf die Frage, was man als höchste moralische Autorität anerkenne. Die meisten Studierenden nannten „das eigene Gewissen“; nahestehende Menschen, Familienangehörige und Freunde spielten in den Antworten hier und da auch noch eine Rolle; jedoch nur ganz selten eine politische Persönlichkeit. Im wirtschaftlichen Bereich sprachen sich 95 v. H. für die volle oder zumindest teilweise Zulassung der privaten Initiative im Handwerk und Gewerbe, 63 v. H. für die ungehinderte Entwicklung der privaten Klein-Industrie aus. Bezüglich der mittleren und der Groß-Industrie kehrte sich das Verhältnis der positiven und negativen Antworten ziemlich genau um.

Interessant ist endlich auch das Urteil über die Auswirkungen des Oktober-Umsturzes: 88 v. H. glauben, daß sich dadurch die internationale Geltung Polens verbessert habe; aber nur knapp die Hälfte der Befragten kann eine Verbesserung des Lebensstandards feststellen.

Das katholische Wochenblatt „Tygodnik Powszechny“ faßt das Ergebnis der Meinungs-Umfrage in dem Satz zusammen: „Es erweits sich, daß Polens Studenten . . . weder zynisch noch nihilistisch sind, denn sie haben ihre Ideale und ihre Ansichten, sie träumen von der Notwendigkeit einer sozialen Betätigung, glauben nur nicht an die Möglichkeit, ihre Ideale in der heutigen Situation verwirklichen zu können.“

10. Das Verhältnis zur Emigration

Das Mühen der polnischen Jugend um Kontakte zur freien Welt wird in keinem anderen Bereich so deutlich, als im Verhältnis zur Emigration. Es gibt heute keinen anderen Staat im sowjetischen Machtbereich, in dem die Probleme der Emigration im allgemeinen und die Beziehungen zu den Auswanderern so lebhaft diskutiert würden wie im Lande Gomułkas. Nicht als ob dieser Fragenkomplex in „Volkspolen“ jeden bitteren Beigeschmacks entbehrte; eher das Gegenteil ist der Fall; denn kaum eine andere osteuropäische Nation weiß so viele Glieder ihres Volkes im Ausland wie die polnische. Und die Hoffnungen des Regimes auf eine Rückkehr größerer Emigranten-Gruppen haben sich weder in den ersten Nachkriegsjahren noch im Zeichen der polnischen Tauwetterperiode erfüllt. Ungeachtet dessen ist das Verhältnis gerade zwischen der polnischen Jugend und ihren Organisationen im Mutterland und dem Polentum im Ausland ein viel engeres und besseres, als man es in Westeuropa weiß und annimmt.

Wenn man heute eine in Warschau oder in Krakau erscheinende Jugendzeitschrift aufschlägt, kann man gewiß sein, an irgendeiner Stelle wenigstens ein paar Zeilen über Ereignisse im Leben des Polentums im Ausland informiert zu werden. Sei es, daß man auf eine ständige Rubrik unter einer bestimmten Schlagzeile stößt, sei es, daß die „Gesellschaft für Kontakte mit der Emigration“¹⁸⁾ einen neuen Veranstaltungskalender bekanntgibt, sei es, daß über Inserate Verbindungen aller Art gesucht und angeknüpft werden. Dabei stehen wirtschaftliche und Geschäfts-Interessen keineswegs im Vordergrund.

Daß der Strom der geistigen Anregungen und der kulturellen Betreuung nicht mehr so eindeutig in zwei Richtungen verläuft wie vor dem Kriege (von Westen nach Osten und umgekehrt) und auf einen

15) In mehreren Artikeln der SED-Presse und der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ polemisierten Hermann Axen, Wilhelm Girus und Joachim Hermann (alle SED) im Herbst 1956 gegen „die kurzsichtige Politik gewisser Kreise der jungen polnischen Intelligenz“. In den Betrachtungen der Zonen-Presse wurde deutlich die Sorge wegen einer möglichen Kontaktaufnahme zwischen den Jugendverbänden Polens und der Bundesrepublik spürbar.

16) Zitiert nach „Junge Welt“ v. 18. Juli 1957

17) Die Ergebnisse der Umfrage sind der Warschauer Zeitschrift „Przegląd Kulturalny“ entnommen.

18) Die „Gesellschaft“ („Towarzystwo Łacznosci z Wychodźstwem Polonia“) unterhält Filialen in allen Landesteilen und knüpft an Vorkriegs-Traditionen an.

wirklich lebendigen „Austausch“ abzielen kann, wird bei Lage der Dinge niemanden verwundern. Gewiß, die Pariser Exilzeitschrift „Kultura“ hat ihre interessiertesten Leser nicht etwa in Frankreich und England, sondern an den Universitäten von Posen und Lodz, von Posen und Breslau; und Marek Hlasko in Paris erschienenen Novellen-Sammlung wandert gerade dort, wo diese Geschichten spielen — nämlich in der polnischen Hauptstadt — von Hand zu Hand¹⁹⁾. Ungleich größer aber ist die Zahl der in Warschau gedruckten Bücher und Zeitschriften, die heute — bestens ausgestattet und zumeist kostenlos — an die Zentren des Auslandpolentums geliefert werden. Wobei die Dosierung ihres Inhalts so geschickt gehandhabt ist, daß diese Schriften trotz ihres letzten Endes politischen Zweckbestimmungen überall dankbare Abnehmer finden.

11. Wie sieht man in Polen die westdeutsche Jugend?

Umgekehrt sind die Ausreise-Möglichkeiten aus Polen nach Ländern der westlichen Welt noch immer sehr begrenzt. Die seitens des Warschauer Regimes immer wieder angeführte „schwierige Devisenlage Volkspolens“ spielt dabei zweifellos eine weit geringere Rolle als die Befürchtungen, daß besonders jugendliche Westreisende eventuell die Rückkehr „vergessen“ und auf solche Art die ohnehin oft genug bewiesene Anziehungskraft der freien Welt neu demonstrieren könnten.

Nicht gering war das Echo, das die Berichte polnischer Journalisten und Studenten über ihre Reise-Erlebnisse und -Erfahrungen in der Bundesrepublik auslösten. Die meisten dieser uns vorliegenden polnischen Presseberichte datieren aus dem Jahr 1957, jenem Zeitabschnitt also, in dem noch verhältnismäßig großzügig bei der Ausgabe von Auslands-pässen verfahren wurde. Seiner Anschaulichkeit wegen sei hier nur einer dieser Berichte zitiert. Er stammt aus der Feder des Schriftstellers Leopold Tyrmand, der im eigenen Kraftwagen kreuz und quer durch Westdeutschland reiste und seine Eindrücke von den Menschen, die ihm begegneten, wie folgt umriß²¹⁾:

„Das großpreußische Deutschland ist im Verschwinden. . . Das gilt für die Landschaft, die Städte und ebenso für die Menschen. . . Ich meine, daß man als ein Kriterium für die weltanschauliche, ideenmäßige und politische Orientierung die Altersgrenze ansehen kann. Die Jungen in Deutschland sagen: Keinerlei Krieg mehr! Davon hatten wir genug. Es hat sich gezeigt, daß wir arbeiten können, das reicht uns. Die ältere Generation ist geteilt; ein großer Teil denkt ebenso, die übrigen jedoch, die anders denken, schweigen zumeist. Ich sah geradezu eine geistige Demarkationslinie, die etwa entlang des 40. Lebensjahres verläuft. Alles, was unter 40 ist, bietet ein überraschendes Bild. . . Wenn man einst die Straßen deutscher Städte entlangging, konnte man sich leicht jeden vorübergehenden Deutschen in einer Uniform vorstellen. Heute passen die Menschen irgendwie in keine Uniform mehr.“

Der polnische Schriftsteller fand besonders schnellen Kontakt zu den jugendlichen Besuchern eines Existentialisten-Lokals. Er schildert sie folgendermaßen:

12. Das Fühlen der jungen Generation in dichterischer Aussage

Ähnlichen Auffassungen gaben auch andere polnische Schriftsteller und Journalisten Ausdruck, so z. B. der katholische Publizist Stanislaw Stamma, der insbesondere für eine „Neuorientierung gegenüber der jungen Generation in Deutschland“ eintritt. Er sieht eine große Aufgabe für die verantwortlichen politischen Kreise auf beiden Seiten in der Ausarbeitung einer „Ideologie, die geeignet sein könnte den historischen Anachronismus einer praktisch nicht mehr vorhandenen und begründeten Gegnerschaft zu beenden“²²⁾.

Indessen sind die 1957 sehr lebhaft geführten Diskussionen rund um das deutsch-polnische Verhältnis in der polnischen Presse auf Anweisung

Als gute Illustration des Verhältnisses zwischen polnischer Emigration und ihrem volksdemokratisierten Mutterland kann endlich auch die steigende Zahl von Touristen aus westlichen Ländern angeführt werden, die „Volkspolen“ seit dem Sommer 1956 aufsuchten. Unter diesen Touristen waren jeweils 80 v. H. Emigranten, darunter besonders viele Jugendliche und Angehörige der Anders-Armee²⁰⁾. Die Ferienlager an der Ostsee sowie in den Beskiden und im Riesengebirge, in denen vorzugsweise Kinder von Auslandspolen Aufnahme finden, sind bereits zur ständigen Einrichtung geworden. Allein aus Frankreich und dem Ruhrgebiet reisten im Sommer 1958 annähernd 400 Jugendliche in diese Lager, die — nebenbei bemerkt — von ausgesuchten Instruktoren aus den Reihen der polnischen Jugendverbände betreut und vom polnischen Staat finanziert werden.

„Sie sind geprägt durch gesunde Skepsis und Intelligenz. . . Sie lieben die französische Tradition, den italienischen gesellschaftlichen Schwung, die idealisierte Freiheit, sie lieben Wolfgang Koeppen und Czeslaw Milosz. Auf einen neugierigen Polen, der von ihnen wissen will, ob sie nicht Lust zu einem neuen kleinen Revandekrieg, zu einem Marsch auf Stettin hätten, blicken sie wie auf einen Irren. . .“

Wenig später sprach Tyrmand mit einem 17jährigen Jungen vom Esso-Kundendienst, der an der Tankstelle seinen Wagen säuberte:

„Der Junge fragte mich nach Gomulka, und er fragte so, daß ich staunte. Man spürt sofort, daß er außer dem Auto-Waschen auch noch anderes tut, daß er Zeitungen liest, und zwar nicht nur den lokalen Teil und Kino-Anzeigen. Denselben Typ begegnete ich auch in den Jazz-Kellern: jungen Arbeitern, Technikern, Handwerkern, Studenten. Es verbindet sie das gemeinsame Verständnis für den Blues, der Schnitt des Kragens und der Skeptizismus gegenüber dem ‚Ruhm der Vergangenheit‘. Man kann mit ihnen über alles mögliche reden, z. B. über das wiedervereinigte Europa, über soziale Reformen, über die Amerikaner, aber auch über die Freundschaft mit Polen. . .“

Der Besucher aus Warschau faßt seine Eindrücke wie folgt zusammen:

„Es bietet sich heute eine große Chance, die jahrhundertelange Periode der Feindschaft und des Mißverständens zwischen unseren Völkern zu beenden. Ich sehe diese Chance . . . nicht zuletzt im wachsenden Verantwortungsgefühl der Jugend sowie in ihrer bewußten Abwendung von den politischen Traditionen des Deutschlands von gestern. . . Die Einsicht und Forderung, daß es auf etwas grundlegend Anderes und Neues ankommt, gibt natürlich noch kein Rezept dafür, wie man es besser machen muß. Über dieses ‚Wie?‘ werden Historiker und Staatsmänner, Gesetzgeber und Volkswirtschaftler entscheiden. Ich bin lediglich der Sprecher jener Konzeption, daß man etwas ändern und umpflügen muß, und daß auch aus den beiderseitigen Erfahrungen etwas Neues reifen kann und soll. Ich weiß, daß wie ich selbst viele Menschen in Polen denken.“

der staatlichen Zensurstellen wieder stark eingeschränkt worden. Das gleiche gilt für die schriftstellerische Aussagefreiheit ganz allgemein. Typisch für eine ganze Reihe von ähnlichen Fällen ist das Schicksal des jungen Dichters Marek Hlasko.

Noch im März 1958 veröffentlichte die im Warschauer „Polonia“-Staatsverlag in 5 Sprachen erscheinende und vor allem für das Ausland bestimmte repräsentative Zeitschrift „Polen“ eine großaufgemachte Erzählung, die kurz zuvor mit einigen anderen Novellen des gleichen Verfassers durch Zuerkennung des 1. Polnischen Verlegerpreises ausgezeichnet worden war²³⁾. Ein paar Wochen später erfuhr man, daß ein bereits mit vielen Vorschuß-Lorbeeren bedachter Film, dessen Drehbuch auf ein Manuskript des gleichen Autors zurückgeht — nämlich Hlasko —, in Polen nicht aufgeführt werden durfte; es handelt sich um

19) „Friedhöfe“, Paris 1958 (s. auch den Abschnitt „Das Fühlen der jungen Generation in dichterischer Aussage“).

21) Tyrmands Bericht erschien zuerst am 26. 1. 1950 im „Tygodnik Powszechny“ unter der Überschrift „O quae mutatio rerum“. Ausführliche Zitate daraus brachte sodann Radio Warschau, und der Polnische Internationale Presseclub veranstaltete im gleichen Zusammenhang Diskussionsabende.

22) „Tygodnik Powszechny“, Warschau, 23. 5. 1958.

20) Zitiert nach einer Bilanz der Zeitschrift „Turysta“ (Organ der Gesellschaft für Landeskunde und Touristik).

23) Marek Hlasko: „Erster Schritt in den Wolken“.

das polnisch-deutsche Gemeinschaftswerk „Der achte Wochentag“, einen Film, der im Grunde genommen das gleiche Thema behandelt wie jene preisgekrönte Kurzgeschichte: zwischen zwei junge, liebende Menschen schiebt sich die Umwelt, die Welt der Ewig-Gelangweilten, der pessimistischen Verneiner, der charakterlosen Mießmacher, die nur auf der Lauer liegen, das Glück anderer in den Schmutz zu treten. Die Liebe der Beiden zerbricht an dieser Umwelt. Ein bitterer, ein realistischer Stoff zweifellos — aber ein Grund, ihn zu verbieten? Hatten nicht die als sensationell empfundenen Gedichte eines Adam Ważyk und anderer junger Autoren bereits vorher, ohne verboten worden zu sein, die gleichen Dissonanzen des polnischen Alltags vor einem breiten Leserpublikum aufgerollt?

So unvermittelt und aus heiterem Himmel jedoch, wie die Absetzung dieser Film-Uraufführung und die Ächtung Marek Hlaskos für fernstehende Beobachter auch gekommen sein mochte — im Grunde genommen kennzeichnete sie nur den Markstein einer auf vielen Gebieten spürbar werdenden Entwicklung. Die straffere Zügelführung des Regimes kündigte sich sehr rasch auch in Reisebeschränkungen für Künstler und Intellektuelle nach dem Westen und deutlicher noch im Verbot einer Zeitschrift an, die unter dem Titel „Europa“ in der polnischen Hauptstadt herausgegeben und hauptsächlich von studentischen Kräften getragen werden sollte²⁴).

Marek Hlasko, der 25jährige dichtende Automechaniker, der innerhalb kürzester Zeit zu einem der beliebtesten Autoren der jungen Generation avanciert war und den selbst Parteiblätter als „das große Talent unter dem polnischen Schriftsteller-Nachwuchs“ bezeichnet hatten, er wurde zum Exponenten „hintergründigen“, ja „staatsgefährdenden“ Schaffens. Kommunistische Kritiker stellten auf einmal fest, daß er „Nihilismus“ predigte, daß seine Thematik dem Aufbau des Sozialismus schade und daß er „eine unwirkliche Traumwelt“ realisiere. Sie spürten nicht oder wollten nicht mehr spüren, daß Hlaskos „Helden“ zu tausenden und hunderttausenden im ganzen Lande leben, daß gerade die rücksichtslose Offenheit und Ehrlichkeit, mit der dieser Dichter den ihn umgebenden Alltag in den Mittelpunkt seines Schaffens stellt, das Echo hervorrief, wie es bisher nur wenige andere der jungen polnischen Schriftsteller-Generation aufzuweisen haben.

Folgen wir Hlasko nur einmal kurz in seinen Beobachtungen. Er schildert in der Titelnovelle jenes ersten Bandes, für den ihm der polnische Verlegerpreis zuerkannt wurde, plastisch das Leben und Treiben seiner Nachbarn in einer Warschauer Vorstadt; er erzählte u. a.:

„Am Samstag verliert die Stadt ihr emsiges Antlitz. In der Stadtmitte gibt es kaum Menschen, die noch gerne das Leben beobachten: die in Haustüren stehen, durch die Straßen schlendern, stundenlang auf einer Bank im Park sitzen, und dies nur, um vielleicht zwanzig Jahre später einmal zu erinnern, daß sie an einem ganz bestimmten Tage einen mehr oder weniger seltsamen Zufall des Lebens beobachten konnten. Diese Beobachter aber findet man noch am Stadtrand; in der Vorstadt tragen die Menschen jeden Samstag, sofern nur gutes Wetter sie begünstigt, ihre Stühle vors Haus, setzen sich rittlings darauf und beobachten das Leben. Die Beharrlichkeit dieser Beobachter trägt manchmal geradezu die Zeichen einer genialen Tollheit; manchmal sitzen sie so ihr ganzes Leben da und sehen möglicherweise nichts als das Gesicht des Beobachters von gegenüber. Und dann sterben sie, den tiefen Vorwurf gegen die Welt im Herzen, überzeugt davon, sie sei grau und langweilig. Denn selten nur kommt es ihnen in den Sinn, daß sie ja auch einmal aufstehen und in die Nachbarstraße gehen könnten. Auf ihre alten Tage erst werden diese Beobachter des Lebens unruhig, sie laufen hin und her, schauen auf die Uhr — wollen die Zeit erhalten. Sie beginnen nach-

zudenken und zu schwatzen: ihre Gefühle sind vielfach wild und dann auch wieder stumpf. Auf dem Sterbebett wollen noch mache es uns sogar einreden, sie hätten das Leben ausgekostet . . .“

Eine kleine Episode nur, doch typisch für Hlaskos Art, seine Umgebung zu schildern. Es ist verständlich, daß derartige Skizzen schlecht zum Bilde jenes fortschrittlichen, optimistischen Menschentyps passen, wie er nun einmal in die Klischee-Vorstellung vom sog. „sozialistischen Realismus“ gehört. Hlaskos Gegner übersehen auch geflissentlich, daß seine pessimistische Betrachtungsweise in Erkenntnissen und Erfahrungen wurzelt, die mit Ablehnung des Regimes im Grunde genau so wenig zu tun hat wie mit Kirchenfeindschaft oder mit dem Fehlen von Idealen schlechthin. Marek Hlasko registriert seine Eindrücke und er verdichtet sie; er macht allerdings auch keine Zugeständnisse, er weckt keine bestimmten Hoffnungen, er läßt lediglich alle Türen, die er aufstößt, weit offen.

Das gilt für sein schriftstellerisches Schaffen ebenso wie für sein persönliches Tun. So kann auch nicht weiter verwundern, daß Hlasko — nachdem ihm zunächst die Genehmigung zu einer Studienreise nach Frankreich bewilligt worden war, dann jedoch die Verlängerung seines Visums abgelehnt wurde — jetzt vorzog, im Westen zu bleiben²⁵). In Paris gab er auch der Wochenzeitung „L'Express“ ein Interview, das schlaglichtartig die Situation der polnischen Jugend von heute beleuchtet. Diese Jugend ist — nach Meinung des Dichters — von ihrer Anlage her kaum anders geartet, als die Jugend im Westen. Sie empfindet, sie erhofft und ersehnt mehr oder weniger das gleiche. Allerdings würde die Fähigkeit, sich für irgendwelche Ideale einzusetzen und zu begeistern, von kaum jemandem in der richtige Weise geweckt und genutzt; sie verkümmerte deshalb in dem sie umgebenden grauen Einheitsalltag. Für Hlasko gibt es im übrigen kein Generationsproblem wie für andere Schriftsteller seines Alters. „Eine Generation“ — so sagt er im Hinblick auf die polnische Lage wörtlich — „sie setzt Menschen voraus, die eine gemeinsame Idee haben, etwas, für das es sich lohnt, die Mühe des Handelns und Gefahren auf sich zu nehmen“. Diese gemeinsame Idee fehle der polnischen Jugend.

Dieses harte Urteil wird verständlich aus den tiefen Enttäuschungen, die Hlasko gerade in den letzten Jahren erlebte und die auf ihm ebenso wie auf vielen jungen polnischen Intellektuellen lasten, die sich im Netz einer ihnen wesensfremden Ideologie gefangen sehen und deren Aufbegehren im Zuge der Ereignisse des Jahres 1956 zwar zu einer Lockerung ihrer Fesseln führte, nicht jedoch zu einer wirklichen Befreiung

25) Über seine Gründe sagt Hlasko in einem Brief an seinen westdeutschen Verleger Dr. Witsch u. a.: „Als ich in den Westen fuhr, habe ich nicht im Traum daran gedacht, daß ich nicht bald wieder in meine Heimat zurückkehren könne. Ich wollte nur die Gelegenheit wahrnehmen, die Wahrheit über die westliche Welt kennenzulernen, meinen Horizont zu erweitern und ein Verhältnis zur Gerechtigkeit zu gewinnen, ohne das ein menschliches Leben sinnlos bleibt.“

Seit dieser Zeit hat sich jedoch vieles geändert. Ich wurde die Zielscheibe von Presseangriffen, die den Rahmen eines literarischen Streites weit überschreiten und eindeutig in die Richtung politischer Denunziation weisen. Meine Bücher und meine Filme sind der Konfiskation zum Opfer gefallen. Erst während meines Aufenthaltes im Westen wurde mir klar, daß meine Rückkehr im Augenblick keinen Sinn hat und niemand etwas dabei gewinnen kann.

Da ich hier Möglichkeiten fand, etwas zu lernen, wandte ich mich an meine Regierung und bat, mich diese Chance nutzen zu lassen und die Gültigkeit meines Passes zu verlängern. Ich war sicher, daß dem nichts im Wege stehen werde, weil es allgemein üblich ist, daß ein Mensch für sein eigenes Geld herumfahren und tun kann, was er will. Das ist so selbstverständlich, daß man nicht darüber zu reden braucht.

Die Absage meiner Regierung hat mich so vor den Kopf gestoßen; ich kann sie einfach nicht anerkennen, weil sie eine Vergewaltigung der Menschenrechte ist, eine Vergewaltigung der polnischen Verfassung. Sich dieser Entscheidung zu beugen, würde einem Verzicht auf die eigene Würde und Freiheit gleichkommen. Dazu bin ich nicht bereit.

Es ist doch eine Farce, daß ein Mensch, der seinen Aufenthalt im Ausland etwas verlängert haben will, nur die Wahl hat, entweder zu einem Zeitpunkt, der ihm nicht paßt, in seine Heimat zurückzukehren oder seine Bürgerrechte zu verlieren. Es wäre töricht, darüber weitere Worte zu verlieren.“

24) An der Spitze eines größeren Redaktions-Kollegiums sollte der junge Dramatiker Andrzejewski stehen; das Ziel der Zeitschrift war „die Zusammenarbeit mit schöpferischen, positiven Kräften aller Länder“.

aus dem Bann der „unabänderlichen Tatsachen und Einsichten“, der sie gleich einem zähen Schlamm umgibt.

Tröstlich ist auf jeden Fall das Bewußtsein, daß — allem Pessimismus und aller bitteren Einsicht zum Trotz — die polnische Jugend in ihrer übergroßen Mehrheit nicht aufgehört hat, sich als Glied einer Welt zu fühlen, die nicht durch politische Schlagworte, Einheitsparolen und fragwürdige Errungenschaften begrenzt wird. Was alles sagt doch diese einzige Strophe einer Gedichtes aus der Feder eines Nachwuchs-Lyrikers aus, das die Warschauer Zeitung „Nowa Kultura“ gewiß nicht zufällig

am Jahrestag der Entsendung eines ersten sowjetischen „Sputniks“ in den Weltraum auf ihrer Titelseite veröffentlichte: ²⁶⁾

*„Mond, du Freund aller Liebenden, Weggefährte der Dichter,
Der du unsere Nächte seit Urzeiten erhellst —
Das Recht, dich und das Sternenwunder zu schützen,
Kann keine Gewalt und keine Macht uns rauben.
Ein Größerer hat euren Platz am Firmament bestimmt
Laßt uns, o Freunde, den Himmel wenigstens noch rein erhalten.“*

²⁶⁾ Antoni Sonimski: „Verteidigung des Mondes“ („Nowa Kultura“/Warschau, 14. 9. 1958).

Anmerkung:

Peter Nasarski, Angehöriger der deutschen Minderheit in Polen, nach dem Kriege freier Schriftsteller und Rundfunkautor in Westberlin; zahlreiche Hörfolgen zu deutsch-polnischen Themen.